

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Gemeinderates vom 19. Dezember 1979.

Ort: Großer Saal des Gemeindesaalbaues Schwalbach

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 23.30 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Bürgermeister Georg Fleck

Fraktionsvorsitzender der CDU

Heffinger Erich

Fraktionsvorsitzender der SPD

Schmitz Willi

Fraktionsvorsitzender der FDP

Langenfeld Hans ö.T.

Mitglieder des Gemeinderates:

Altmeier Werner

Amann Else

Baltes Günter

Beck Siegfried

Constroffer Hans

Becker Herbert

Groß Alfred

Burger Karl-Heinz

Kreutzer Helmut

Gillen Edgar jun.

Lennerz Max

Goebel Reinhold

Loris Edelgard

Holz Thea

Luxenburger Alfred

Illner Walter

Maurer Jürgen

Kettel Helmut

Meyer Thomas

Klein Rigobert

Neumeyer Paul

Kornke Paul

Rupp Bernd

Ney Erhard ö.T.

Schackmann Felix

Peifer Resi

Scherhag Hans-Werner

Schäfer Günter

Schmidt Herbert

Schlemmer Stefan

Schudell Josef

Schmitt Leo-Stefan

Stürmer Rainer

Schmitt Werner

Spies Charlotte

Thömmes Helmut

Theobald Alfons

Trenz Josef

Willeke Hubert

Urig Robert

Woll Alfons

Hocke Michael-Marius

außerdem anwesend:

Ortsvorsteher

Becker Viktor

Ortsvorsteher

Schackmann Oswald

Ortsvorsteher

Spies Edgar

Ortsvorsteher

Wagner Johann

Ortsvorsteher

Zapp Theodor

Verwaltung:

Gemeinde-Amtsrat	Wenzel Ernst
Gemeinde-Amtsrat	Leonardy Erwin
Bauamtsleiter	Hasenberg Willy
Gemeinde-Amtsrat	Neu Walter
techn. Angestellter	Rupp Hans
Gemeinde-Angestellter	Theobald Hermann
Gemeinde-Amtmann	Hummel Herbert
Gemeinde-Angestellte	Hirtz Gertrud
Personalratsvorsitzender	Kühn Werner

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

T A G E S O R D N U N G

Seite:

A) Öffentliche Sitzung

1. Antrag der SPD-Fraktion auf Neugliederung der Gemeinde Schwalbach mit dem Ziel der Neuschaffung einer eigenständigen Gemeinde Bous
2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren und das Gebührenverzeichnis hierzu
3. Aufnahme von Darlehen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Nr. 486 "Ausbau von Gehwegen"
4. Erhöhung der Versicherungssumme der Eigenschadenversicherung der Gemeinde Schwalbach
5. Mitteilungen und Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

1. Grundstückspreis
2. Verkauf eines gemeindeeigenen Grundstücks im Gemeindebezirk Elm - Elfriede Weber
3. Grundstückstausch Gemeinde ./ VSE AG wegen der geplanten Umspannungsanlage im Gemeindebezirk Hülzweiler
4. Erschließungsvertrag zwischen der Gemeinde Schwalbach und der Firma Möbelmarkt GmbH & Co., Schwalbach-Ensdorf
5. Saarausbau
6. Kauf des sog. Exerzitiengeländes im Gemeindebezirk Ensdorf
7. Vollzug des Nachtragsstellenplanes 1979; Beförderung von Beamten und Höhergruppierung von Angestellten
8. Mitteilungen

TOP 1: Antrag der SPD-Fraktion auf Neugliederung der Gemeinde Schwalbach mit dem Ziel der Neuschaffung einer eigenständigen Gemeinde Bous

Hierzu führt der Vorsitzende aus:

Es kommt zur Beratung des Antrages der SPD-Fraktion vom 27.11.1979. Dieser Antrag lautet:

" Aufgrund der Beratung im Gemeinderat Schwalbach am 26.11.1979 beantragt die SPD-Fraktion eine Sondersitzung mit folgendem Beratungspunkt:

Die SPD-Fraktion beantragt die Neugliederung der Gemeinde Schwalbach mit dem Ziel der Neuschaffung einer eigenständigen Gemeinde Bous. "

Der der Beratung am 26.11.1979 zugrundeliegende Antrag lautet:

" Die SPD-Fraktion beantragt die Neugliederung der Gemeinde Schwalbach mit dem Ziel der Neuschaffung einer eigenständigen Gemeinde Bous.

Die Verwaltung wird beauftragt, den hierzu notwendigen Antrag bei der Landesregierung gem. KSVG § 15 Abs. 4 zu stellen. "

Dazu darf ich vorweg einige Überlegungen vortragen:

§ 14 Abs. 1 KSVG besagt, daß aus Gründen des öffentlichen Wohls Gemeindegrenzen geändert, Gemeinden aufgelöst und Gemeinden neu gebildet werden.

§ 15 Abs. 4 regelt das Verfahren der Auflösung und Neubildung von Gemeinden; danach erfolgen die Auflösung und Neubildung von Gemeinden einmal bei Zustimmung der beteiligten Gemeinden durch Rechtsverordnung der Landesregierung (Nr. 1) oder gegen den Willen einer beteiligten Gemeinde durch Gesetz (Nr. 2).

Der Antrag der SPD formuliert die vorweggenommene Zustimmung der beteiligten Gemeinde Schwalbach im Sinn des § 15 Abs. 4 KSVG, nicht mehr und nicht weniger.

Die rechtliche Automatik eines Antragsverfahrens, nach dem die Regierung oder das Parlament über den Antrag entscheiden müßten, ist nicht erkennbar.

Die Befugnis der Landesregierung durch Rechtsverordnung eine Neubildung einer Gemeinde vorzunehmen, hier unterstellt, so müssen zur Wirksamkeit einer solchen Rechtsverordnung weitere formell-rechtliche und materiell-rechtliche Voraussetzungen erfüllt sein, ohne die eine solche Rechtsverordnung nichtig wäre und deshalb von vornherein nicht erlassen werden dürfte.

Hier ist insbesondere zu denken an die Ausfüllung und Subsumtion des allgemeinen, unbestimmten Rechtsbegriffs "aus Gründen des öffentlichen Wohls" und an die Bestimmungen materiellrechtlichen Gehalts des Gesetzes Nr. 928 zur Vorbereitung der kommunalen Gebiets- und Verwaltungsreform im Saarland (GVRG) vom 17.12.1970 sowie des Gesetzes Nr. 986 zur Neugliederung der Gemeinden und Landkreise des Saarlandes NGG vom 19.12.1973. Ein etwaiger Ermessungsspielraum ist jedenfalls sehr eng.

§ 2 Abs. 3 GVRG lautet:

" Bei der Neugliederung der Gemeinden sind Einheitsgemeinden zu bilden. Sie sollen, um ihre Verwaltungskraft als Träger der öffentlichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft voll einsetzen zu können, in der Regel mindestens 8.000, im Verdichtungsraum in der Regel mindestens 15.000 Einwohner haben."

Gemeinden in Verdichtungsräumen sollen in der Regel also mindestens 15.000 Einwohner haben. Bestimmend für diese Mindesteinwohnerzahl ist die Verflechtungsproblematik und die Konkurrenzsituation gegenüber leistungsstarken Städten. Den städtischen Verflechtungen soll Rechnung getragen werden mit dem Ziel, daß aus einer ungeordneten Verdichtung ein abgestuftes Nebeneinander entsteht. Dazu sind wesentlich größere Einheiten als im ländlichen Raum erforderlich. Die Verwaltungsaufgaben nehmen mit steigender Bevölkerungsdichte progressiv zu, so daß erhöhte Anforderungen an die Leistungskraft der Gemeinden im verdichteten Raum gestellt werden.

Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes hat in seinem Urteil vom 28. 6. 1974 zur "Verfassungsbeschwerde Bous" Ausführungen gemacht, die in diesen Zusammenhang gehören. Ich zitiere: "Die der Neugliederungskonzeption im Saarland zugrunde liegenden Mindesteinwohnerzahlen von 8.000 im ländlichen Gebiet und von 15.000 im Verdichtungsraum entsprechen daher verwaltungswissenschaftlichen Erkenntnissen. Dabei liegt die Feststellung auf einer Regelmindestzahl von 15.000 Einwohnern noch an der unteren Grenze einer funktionsbezogenen Leistungsfähigkeit. Die SPD-Fraktion im saarländischen Landtag hatte in ihrem Alternativentwurf zum GVRG eine Anhebung der Regelmindestzahl auf 20.000 Einwohner für die Neuordnung vorgeschlagen (vgl. Mattenklodt, aaO., S. 217).

Die Gemeinden des Raumes Schwalbach gehören sämtlich zum sog. Verdichtungsraum, wie er von der Ministerkonferenz für Raumordnung im Jahre 1968 für das gesamte Bundesgebiet nach einheitlichen Kriterien festgelegt worden ist."
(Ende des Zitats.)

Abgesehen von der Frage der Verwaltungskraft müssen die Probleme der ausreichenden Finanzkraft, der Entwicklungsfähigkeit auf dem Wohn-, Wirtschafts-, Arbeits- und Freizeitsektor für die gesamte Bevölkerung unserer Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Wahrung des wohlverstandenen Interesses aller Bürger und Gruppen in der Zukunft gelöst bleiben.

§ 1 Abs. 1 GVRG regelt dazu folgende materielle Zielsetzung: Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Bevölkerung ist entsprechend den Erfordernissen der modernen Industrie- und Leistungsgesellschaft nachhaltig zu fördern und zu sichern. Dabei sind die Erfordernisse der Raumordnung,

insbesondere die Siedlungs- und Wirtschaftstrukturen des zu gliedernden Gebietes zu berücksichtigen.

Daneben sind überregionale Gesichtspunkte einer gemeinsamen Raumordnung in die Überlegungen mit einzubeziehen. In diesen Zusammenhang sind die wirksamen Raumordnungsteilpläne und der wirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Schwalbach zu stellen.

Bei der Entscheidung über den von der SPD beantragten Beschluß geht es nicht nur darum, in einem Gemeindebezirk dem Bevölkerungswillen entgegenzukommen, es geht auch darum, Verantwortung zu üben gegenüber allen Bürgern in allen Gemeindebezirken in der gesamten Gemeinde. Eine mögliche Entscheidung trifft alle unsere Bürger ganz gleich, ob sie in der Adenauer Straße, Friedrich-Ebert-Straße, auf der Griesborner Siedlung, im Lauternweg oder der Bachtalstraße wohnen.

Es geht um die Entwicklung dieses Lebensraumes für unsere Mitbürger in der Zukunft. Eine vernünftige Entscheidung muß deshalb künftige Entwicklungsströme auf dem Gebiet des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens prognostizieren.

Allerdings ist erkennbar, daß Unfrieden und Uneinigkeit eine gute Entwicklung nicht aufkommen lassen oder stören werden, d. h., eine gute Entwicklung setzt die Befriedung und Befriedigung in allen Bereichen voraus. Dieses Ziel wäre bei gutem Willen aller Beteiligten zu erreichen.

Mit Recht sagt ein altes deutsches Sprichwort:

"Frieden und Einigkeit haben alle Städte gebaut."

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Schmitz, führt zu diesem Tagesordnungspunkt u.a. aus:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Diesen Ausführungen ist aus meiner Sicht nichts mehr hinzuzufügen. Wenn Sie sagen, daß dies im wohlverstandenen Interesse aller Bürger dieser Gemeinde sein muß, so kann ich nur sagen, wo denn dieses wohlverstandene Interesse in den vergangenen 6 Jahren war.

Wenn hier gesagt wird, daß die Verantwortung gegenüber allen Bürgern dieser Gemeinde gleich sein muß, so muß man auch hier sehr kritisch fragen, war dies in der Vergangenheit, d.h. in den vergangenen 6 Jahren immer so.

Sie sagen selbst, und das ist nicht abzustreiten, daß ein erkennbarer Unwille vorhanden ist. Dieser Unwille war von Beginn an vorhanden. Das waren die Schwierigkeiten, mit denen Sie als Bürgermeister in dieser Gemeinde angetreten sind.

In Bous hat eine Befragung stattgefunden, bei der meines Wissens nach sich rund 90 % der Bouser gegen eine Fünferlösung mit dem Namen Schwalbach ausgesprochen haben. Die Bouser Bürger haben dies in den vergangenen 6 Jahren unentwegt deutlich gemacht. Alle Ratsmitglieder haben mit diesem Problem zu arbeiten gehabt. Es war immer die Meinung vorhanden, daß die Zusammenlegung dieser Gemeinde nicht im Sinne der Bouser Ratsmitglieder sei. Dies war unser Problem in den vergangenen Jahren und ich glaube, die Bürgerversammlungen in Bous haben es auch klar und deutlich gezeigt. Eines kann man über die Bürgerversammlungen sicher nicht sagen, daß sie von einer Partei inszeniert oder getragen worden seien. Diese Bürgerversammlungen, mit den dort vorgetragenen Meinungen, waren Meinungen von Gruppierungen, die das Gefühl hatten, daß die im Rat vertretenen Parteien für den Gemeindebezirk Bous nicht genügend tun. So hat man sich auch in den Bürgerversammlungen ohne Rücksicht auf Parteien ausgesprochen. Darum sollte man nun, was ich bereits in der letzten Ratssitzung auch vorgetragen habe, endlich regeln.

Wenn heute gesagt wird, wir sollten diesen erkennbaren Unfrieden vielleicht dahingehend umzuformen versuchen, daß die Gemeinde in der bestehenden Größe verbleiben soll, so sagen wir heute, daß man sich dies vor 6 Jahren hätte überlegen müssen. Heute kann man sagen, daß die Zielsetzung für eine Großgemeinde hier nicht erfüllt wurde.

Alles was der Gesetzgeber bei der Schaffung großer Gemeinden bedacht hat, ist hier in Schwalbach gelaufen. So z.B. eine stärkere Verwaltungskraft in der Verwaltung, stärkere finanzielle Mittel um bessere Planungsarbeiten leisten zu können usw. All dies ist so gelaufen. Bis auf eines, daß die fünf Gemeindeteile unentwegt sich selbst gesehen haben. Das hat ganz sicher nicht dazu geführt, daß diese fünf Gemeindeteile zusammenwachsen, sondern es hat zu einem Konkurrenzdenken in dieser Großgemeinde geführt. Dieses Konkurrenzdenken hat ganz sicher nicht im finanziellen Bereich das Ziel erreicht, das man sich gesteckt hat.

Wir sagen heute nach diesen 6 Jahren, daß wir eine sehr gut ausgestattete Gemeinde, vielleicht die bestausgestattete Gemeinde überhaupt an der Saar haben. Hier zeigt sich nun, was große Gemeinden mit ihrer finanziellen Kraft fertig bringen können. Man kann aber auch dieser Angelegenheit sehr kritisch gegenüber stehen. Man muß sich die Frage stellen, was eigentlich zur finanziellen Kraft gehört. Gehören z.B. Kredite zu dieser finanziellen Kraft? Wie wird z.B. alles, was hier geschaffen wurde, bezahlt? Die Frage, wie man die Möglichkeiten findet, dies in den nächsten Jahren zu tun, kann heute niemand beantworten. Einer unserer führenden Leute hat einmal gesagt, uns könnte nur eine Inflation helfen.

Wir stehen heute vor dem Problem, daß die Gemeinden nicht zueinander gefunden haben. Die Gemeinden haben nicht nur ihre Eigenständigkeit bewahrt, sondern haben die Finanzkraft dazu benutzt, die Ausstattung ihres Gemeindebezirks weiter zu verbessern. Dies sind ganz normale Dinge. Man konnte in den vergangenen 6 Jahren sicher sein, daß der Gemeindebezirk, der z.B. keine eigene Halle hatte, eine Halle bekommen mußte. Im Gemeindebezirk Bous, der bereits eine sehr gute Ausstattung hatte, wurden diese Dinge mit anderen Augen gesehen. Ich selbst wohne in Schwalbach und habe für diese Denkweise Verständnis. Es muß erwähnt werden, daß für den Ortsteil Bous zunächst sehr wenig getan wurde und zwar insofern, daß man aus politischen Gründen dem Willen dieser Bürger absolut nicht folgen wollte. Der Bürgermeister hat hier den Fehler gemacht und nicht versucht, ein gemeinsames Miteinander zu finden, was letztlich dazu geführt hätte, daß die Großgemeinde in der heutigen Form bestehen bleiben könnte.

In meiner Haushaltsrede und in der letzten Sitzung habe ich bereits erklärt, daß der erste gravierende Fehler die Namensgebung gewesen sei. Man hat nie demokratisch darüber befunden; es sei denn, Demokratie ist, wenn ich mit einer absoluten Mehrheit von 25 Stimmen, ohne auch nur demokratisch darüber zu beraten, beschließe. Man hat nie einen Bouser Bürger gefragt, ob ihm das

recht sei. Den Schwalbacher Bürgern kam dies selbstverständlich entgegen. Die Bürger der übrigen Gemeindebezirke hat man ebenfalls nicht gefragt, ob sie mit der Namensgebung einverstanden seien.

Meines Wissens nach, wurde in zwei Beratungen über die Namensgebung mit 25 Stimmen beschlossen.

Neben diesem Problem wurden auch weitere anstehende Probleme nicht gelöst. Was hätte man sich vergeben, wenn man dem Ortsteil Bous mit seiner Finanzkraft, die er nun einmal in diese Großgemeinde mit eingebracht hat, hier und da einmal entgegen gekommen wäre.

Ich habe hier bereits einmal gesagt, daß die beiden Gemeindeteile Bous und Ensdorf, die den überwiegenden Teil des Steueraufkommens dieser Gemeinde erbringen, dieses Steueraufkommen nicht zufällig erbringen, sondern daß sie auch die dazugehörige Industrie haben. Wir wissen alle, daß sich diese Industrie nicht gerade positiv auf den Wohnwert auswirkt. Die Steuerzahler in Bous und Ensdorf müssen doch mit ganz erheblichen Belästigungen leben. Wenn dem so ist, sollte man nicht bei jedem Haushalt gegeneinander aufrechnen, was nun aus den zur Verfügung stehenden Mitteln jeder Gemeindebezirk erhält. Man hätte diese Dinge etwas mehr berücksichtigen sollen.

Bei den Beratungen über den Flächennutzungsplan waren Überlegungen im Gange, daß ein Grüngürtel zwischen den Gemeindebezirken Bous und Ensdorf zu den Gemeindebezirken Elm, Schwalbach und Hülzweiler gezogen werden sollte. Es entstand da der Eindruck, daß auf der einen Seite zum Saarraum hin, Raum für Industrie, Arbeit, Verkehr, Lärm und Staub sei und auf der anderen Seite des Grüngürtels Raum für hervorragende Wohnmöglichkeiten sei. Diese Dinge führten im Rat zu erheblichen Spannungen und haben in der Vergangenheit auch zu mancher hitzigen Diskussion geführt.

Wie das Problem des Verkehrs zu lösen ist, fragen wir uns schon vier Jahre. Bis vor kurzem wurde in dieser Hinsicht von dieser Gemeinde wenig getan. Als Erfolg muß man schon die Schritte bezeichnen, die auf eine Verbesserung der Verkehrslenkung in den Ortsteilen Bous und Ensdorf hinzielen.

Bei den Beratungen im Rat entstand selbst bei Kleinigkeiten ein Konkurrenzdenken zwischen den einzelnen Ortsteilen. Dies hat insbesondere in Bous nicht gerade dazu geführt, daß man das Gefühl hat, in dieser Großgemeinde geborgen zu sein.

Noch eines muß klar und deutlich gesagt werden, daß bei allen Wahlen in Bous überwiegend SPD gewählt wurde. Bei all diesen Wahlen wurde gesagt, Bous muß Bous bleiben.

Nun hatten wir in den vergangenen 5 Jahren eine absolute CDU Mehrheit in unserem Gemeinderat. Jeder, der die Ratssitzungen besucht hat, weiß, daß damals nicht so eingehend beraten wurde wie dies heute aufgrund des veränderten Stimmenverhältnisses der Fall ist. Aufgrund des veränderten Stimmenverhältnisses werden heute Entscheidungen gefällt, die alle drei Parteien in diesem Rat tragen können. Ich sage heute Abend hier, wenn wir dieses Wahlergebnis bei der letzten Kommunalwahl gehabt hätten, würden wir uns heute hier nicht über Bous unterhalten.

Der Bürgermeister hätte in der Vergangenheit die aus Bous kommenden Ströme gegen die Großgemeinde mehr beachten müssen. Er hätte seinen starken Einfluß auf seine damals 25 Stimmen zählende Fraktion dahingehend geltend machen müssen, daß man dem Willen der Bouser Bevölkerung in dem einen oder anderen Fall nach sachlicher Beratung entgegen gekommen wäre.

Man hätte das schon bei der Wahl der Beigeordneten berücksichtigen müssen. Es wäre viel Zündstoff in der Vergangenheit ausgeräumt worden.

Nachdem, was sich in den letzten Jahren gezeigt hat und was sich in dieser Hinsicht entwickelt hat, gab es für die SPD-Fraktion keine Alternative. Nachdem es abgelehnt wurde, wohlgemerkt nach 5 Jahren Verwaltungsarbeit, über einen veränderten Verwaltungssitz zu sprechen, oder unter Umständen das Thema Namensgebung noch einmal aufzugreifen, mußten wir uns in der Fraktion durchringen, den heute hier vorliegenden Antrag zu stellen. Ich kann Ihnen versichern, daß uns dies nicht leicht gefallen ist. Bei den über Monate dauernden Beratungen stand die neu gebildete Fraktion, die jetzt mit 21 Ratsmitgliedern hier sitzt, dicht am Auseinanderreißen. Es waren schwere Beratungen. Und es waren ganz sicher schwere Beratungen für die Schwalbacher Vertreter in unserer Fraktion, die der Meinung waren, daß dieser Zuschnitt ein guter Zuschnitt sei.

Ich erinnere alle Anwesenden hier, daß ich bei der Podiumsdiskussion des Saarländischen Rundfunks gesagt habe, daß es mir leid tue, wenn diese Gemeinde auseinander gerissen werde. Aber es führt kein Weg daran vorbei.

Es führt kein Weg daran vorbei, daß viele Entscheidungen einfach nur deshalb getroffen wurden, weil man gesagt hat, wir haben die Macht und wir entscheiden. Mit einer solchen Art kann man einen Widerstand, wie er in Bous von Anbeginn bestand, nicht ausräumen.

In dieser Angelegenheit, Herr Bürgermeister, mache ich Ihnen den größten Vorwurf. Allerdings ist dieser Vorwurf auch mit etwas Verständnis verbunden. Wir haben öfters erlebt, wie Entscheidungen in der CDU-Fraktion nach unserer Meinung gegen Ihren Willen erzwungen wurden. Wie es jedoch wirklich war, wissen wir nicht.

Eines möchte ich jedoch noch bemerken, daß der Auftrag, die früheren Gemeinden Bous, Elm, Ensdorf, Hülzweiler und Schwalbach, die eine sehr große Eigenständigkeit besaßen, zu einer Gemeinde zusammenzuschließen, sehr schwer war. Für mich war er sogar der schwierigste im Saarland. Darüber hinaus hatten wir einen Bürgermeister, der über keine großen Erfahrungen verfügte.

Der CDU-Fraktion mache ich den Vorwurf, daß sie aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse niemals Verständnis für Angelegenheiten der SPD als auch der FDP zeigte. Deshalb gehen die hier vorgetragenen Vorwürfe ausschließlich gegen Sie meine Herren von der CDU-Fraktion.

Auch Sie haben sich nicht bemüht, dem Willen der Bouser Bürger entgegen zu kommen. Den Bouser CDU-Ratsmitgliedern mache ich den Vorwurf, daß sie in manchen Entscheidungen auch ihre eigene Meinung hätten sagen sollen.

RUPP BERND (CDU)

Herr Schmitz, gestatten Sie eine Zwischenfrage.

Können Sie sich erinnern, daß Bouser Ratskollegen in den vergangenen 5 Jahren in einem bestimmten Punkt eine andere Meinung vertreten haben als die CDU-Fraktion?

SCHMITZ Willi

Ich kann Ihre Frage insofern nicht beantworten, als daß wir bei Ihren Fraktions-sitzungen nicht anwesend waren.

RUPP BERND (CDU)

Herr Schmitz, es geht ausschließlich um Entscheidungen im Gemeinderat.

SCHMITZ Willi

Ihre Entscheidungen im Gemeinderat waren nur dann nicht einheitlich, wenn aufgrund von hin- und hergehenden Diskussionen die Ratsmitglieder verunsichert waren.

VORSITZENDER

Meine Damen und Herren, liebe Mitbürger, die Sie hier anwesend sind, ich bitte doch Ruhe zu bewahren und den Redner auf jeden Fall aussprechen zu lassen. Ich würde Sie auch dringend bitten, Beifall nach der einen oder anderen Richtung zu unterlassen.

Bitte betrachten Sie das als ernste Mahnung.

BURGER Karl-Heinz (SPD)

Herr Bürgermeister Fleck, zur Geschäftsordnung:

Ich kann mich noch ausgezeichnet an die Gemeinderatssitzung der vergangenen Woche erinnern. Leider waren bei weitem nicht so viele Zuhörer wie heute abend hier. Herr Theobald hat bei seiner Erklärung zum Stichwort Khomeini, von der CDU-Fraktion und von den anwesenden Zuhörern die dort in der rechten Ecke im kleinen Saal saßen, im öffentlichen Teil herzhaften Applaus geerntet. Sie haben das ohne zu reagieren und ohne Widerspruch hingenommen. Ich bitte Sie, heute abend hier ebenfalls so zu verfahren.

VORSITZENDER

Herr Burger, ich habe schon mehrfach Beifall zugelassen. Ich würde Sie jedoch bitten, daß wir den Tagesordnungspunkt hier in aller Ruhe und ohne Emotionen behandeln.

Was die Angelegenheit mit Herrn Theobald betrifft, Herr Burger, die wurde doch in der letzten Gemeinderatssitzung durch die Wortmeldung von Herrn Theobald selbst im Anschluß an die Diskussion klar gestellt. Ich möchte Sie nur daran erinnern.

SCHMITZ Willi

Zusammenfassend: Die Meinung unserer Fraktion ist, daß man die Dinge in der Vergangenheit behutsamer hätte angreifen und nicht so sehr auf die absolute Macht pochen sollen. Wenn man nicht so sehr parteipolitisch eine Richtung verfolgt hätte, sondern auch einmal nach der anderen Seite gehört hätte, dann hätte nach unserer Ansicht, die Chance bestanden, daß diese Gemeinde, wie sie sich heute abend darstellt, als 5er Gemeinde, hätte leben können. Man hätte diese Chance geben müssen bei den Überlegungen des Verwaltungssitzes, der Beigeordneten und bei vielen anderen Dingen. Das ist die Meinung der Fraktion.

Sehr lange Beratungen haben dazu geführt, daß wir uns darüber im klaren waren, daß das Problem gelöst werden muß. Wenn jemand meint, daß, egal wie heute abend hier entschieden wird, damit die Angelegenheit vom Tisch wäre, der irrt. Wir meinen, es kann nur so gelöst werden, nicht aus diesem Hause heraus, daß vom Gesetzgeber her eine Lösung gefunden wird. Dabei gehen wir davon aus, wenn dieser Schritt gegangen wird, daß man darüber beraten wird, wie das in Zukunft aussieht. Ich denke hierbei an einen Artikel der Bürgerinitiative von Griesborn. Wie letztlich Bous aussehen wird, daß steht heute abend hier nicht an. Für uns ist absolut sicher, daß wir sagen, diese Problematik muß aus diesem Gemeinderat herausgehalten werden. Sie muß andernorts entschieden werden, damit wir in diesem Gemeinderat zum Wohle dieser Gemeinde weiterarbeiten können. Der derzeitige Zustand ist auf Dauer für eine vernünftige und gesunde Arbeit dieser Gemeinde nicht tragbar.

Aus dieser Überlegung heraus hat die SPD-Fraktion so beharrlich diesen Antrag gestellt, der heute abend hier beraten wird.

Ich lese ihn noch einmal vor:

"Aufgrund der Vorschriften der §§ 14 (1) und 15 (4) des KSVG beantragt die Gemeinde Schwalbach bei der Regierung des Saarlandes die Einheitsgemeinde Schwalbach aufzulösen und eine eigenständige Gemeinde Bous bestehend aus der ehemaligen Gemeinde Bous und eine Gemeinde Schwalbach bestehend auf den ehemaligen Gemeinden Elm, Ensdorf, Hülzweiler und Schwalbach zu bilden."

Ich bitte alle Ratsmitglieder, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Langenfeld, führt hierzu u.a. aus:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Freien Demokraten waren und sind auch heute der Meinung, daß der Wille der Mehrheit der Bouser Bürger respektiert werden muß. Wir meinen weiter, und da spreche ich die Voraussetzungen nach § 14 KSVG an, die Sie vorhin zitiert haben, Herr Bürgermeister, daß die Befriedung eines Ortsteils dem öffentlichen Wohle dient.

Aus diesem Grunde werden wir den Antrag der SPD unterstützen; außerdem beantragen wir offene Abstimmung.

Vorsitzender

Meine Damen und Herren, es liegen im Augenblick keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich hätte gerne, daß die anwesenden Ortsvorsteher zu dieser Frage aus der Beratung der Ortsräte Erklärungen abgeben.

Herr Ortsvorsteher Wagner, Gemeindebezirk Bous, erklärt:

Der Ortsrat Bous hat in seiner gestern abend stattgefundenen Sitzung mit 9 Stimmen die Ausgemeindung des Gemeindebezirks Bous bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen, so wie der Antrag hier heute abend auf dem Tisch liegt.

Herr Ortsvorsteher Schackmann, Gemeindebezirk Elm, erklärt:

Der Ortsrat Elm hat in seiner Sitzung vorgestern, bei namentlicher Abstimmung, mit 6 Stimmen diesen SPD-Antrag abgelehnt. 4 Stimmen waren dafür; 1 Mitglied der SPD-Fraktion hat gefehlt.

Vorsitzender

Der Ortsvorsteher von Ensdorf weilt zur Zeit noch in einer Versammlung in Lisdorf. Da der Vertreter nicht anwesend ist, bitte ich zunächst den Ortsvorsteher von Hülzweiler um seine Erklärung.

Herr Ortsvorsteher Becker, Gemeindebezirk Hülzweiler, erklärt:

Der Ortsrat von Hülzweiler hat in seiner Sitzung vom 11.12.1979 folgendes beschlossen:

"Die CDU-Ortsratsfraktion begrüßt den derzeit bestehenden Zuschnitt der Gemeinde Schwalbach. Ebenso begrüßen wir das überzeugende Votum der Elmer Bürger für einen Verbleib in der Gemeinde Schwalbach. Da wir der Meinung sind, daß auch die Bouser Bürger entscheiden sollten, wo sie in Zukunft zuhause sein wollen, sollte eine entsprechende Befragung der Bouser Bürger durchgeführt werden. Als Möglichkeiten der Befragung sind vorgesehen, ob Bous nach Völklingen möchte, ob Bous nach Wadgassen möchte, oder ob Bous in der jetzigen Gemeinde Schwalbach verbleiben will.

Eine Selbständigkeit von Bous scheidet durch die bestehende Gesetzgebung aus, da der jetzige Gemeindebezirk Bous ca. 8.000 Einwohner zählt. Der Gesetzgeber hat jedoch aus gutem Grunde eine Mindesteinwohnerzahl in Ballungszentren auf 15.000 Einwohner festgesetzt."

Das Abstimmungsergebnis im Ortsrat Hülzweiler war bei 10 Anwesenden; 6 CDU-Mitglieder waren für den Zuschritt der jetzigen Gemeinde, 4 waren gegen diesen Ortsratsbeschuß.

Die SPD-Fraktion im Ortsrat unterstützt den Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion. Sie ist der Meinung, daß bei allen demokratischen Geflogenheiten die Meinung der Bouser Bürger zu berücksichtigen ist.

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch aus meiner Sicht einige ergänzende Bemerkungen hierzu machen.

Durch die Kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform sollten kommunale Einheiten so gegliedert werden, daß sie den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Anforderungen gewachsen sind. Das haben Sie vorhin schon erwähnt, Herr Bürgermeister. Alle erforderlichen Einrichtungen innerhalb einer Gemeinde, sind doch nur dann auf Dauer tragbar, wenn eine ausreichende Auslastung aller Voraussicht nach gesichert erscheint. Zum anderen sind Flächen, sowohl für die Ausweitung des Gewerbes als auch zur Förderung der Wohnsiedlungstätigkeit notwendig. Die Frage hierzu wäre: Wie soll dies in Zukunft geschehen, wenn heute bereits eine Bevölkerungsdichte von ca. 1.000 Einwohnern pro qm/km im Durchschnitt zu verzeichnen ist. Zum Vergleich hat z.B. Hülzweiler eine Bevölkerungsdichte von 800 Einwohnern und die ehemalige selbständige Gemeinde Elm ca. 480 Einwohner pro qm/km. Eine selbständige Gemeinde Bous wäre schon deshalb kaum denkbar gewesen. Es stellt sich für uns alle die Frage, ob die zur Zeit in Bous Verantwortlichen so etwas überhaupt gewollt haben. Hierbei spreche ich jetzt ganz offen und ehrlich die Bürgervereinigung an. Ich war damals in Bous in einigen Versammlungen und kenne daher dieses Problem. Ich habe das am eigenen Leib mit erlebt, deswegen spreche ich das ganz offen hier an.

Ich meine aber, wir alle sollten uns ernsthaft prüfen, ob diese Entwicklung gewollt war und ob die Abtrennung Bous von der Gemeinde Schwalbach dem Bürger von Bous nützlich und dienend auf Dauer sein kann und sein wird. Anderen Bürgern in unserer Gemeinde wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nützlich sein.

Ich würde es für richtig und auch für vernünftig halten, wenn wir gemeinsam unter Beibehaltung des jetzigen Gemeindegebietszuschritts eine ausgewogene Einheit zum Nutzen aller Bürger dieser Gemeinde anstreben könnten.

Vorsitzender

Da der Ortsvorsteher des Gemeindebezirks Ensdorf, Herr Spies, im Interesse und im Auftrag der Gemeinde in einer wichtigen Flurbereinigungssache noch in Lisdorf weilt, will ich das Ergebnis der Ortsratssitzung, das mir mitgeteilt ist, vortragen.

Der Ortsrat von Ensdorf hat mit 6 Stimmen den Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt und damit einstimmig abgelehnt, da eine Fraktion an der Sitzung nicht teilgenommen hat bzw. nicht anwesend war.

Herr Ortsvorsteher Zapp, Gemeindebezirk Schwalbach, erklärt:

Gestatten Sie mir ein paar Worte zu dem Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung des Gemeinderates.

Wie wir alle wissen, hat die Kommunale Gebietsreform bei uns an der Saar wesentlich vergrößerte kommunale Gebietseinheiten geschaffen. Viele Gemeinden, die früher einmal selbständig waren, sind in neuen, größeren und leistungsstärkeren Gemeinden aufgegangen und bilden heute nur noch einen Gemeindebezirk.

So bilden seit Inkrafttreten der Gebietsreform die Gemeindebezirke Bous, Elm, Ensdorf, Hülzweiler und Schwalbach mit einer Einwohnerzahl von rd. 35.000 die heutige Großgemeinde Schwalbach, die sich nach Meinung der Mehrheit unserer Bürger bewährt hat. Was den Gemeindebezirk Bous betrifft, so sind hier Stimmen laut geworden mit dem Ziel der Neuschaffung einer eigenständigen Gemeinde Bous.

Wenn nun die Gemeinderatsfraktion der SPD nach der erfolgten Bürgerbefragung im Gemeindebezirk Elm mit dem eindeutigen Ergebnis für den Verbleib von Elm in der jetzigen Gemeinde Schwalbach, erneut eine Sondersitzung des Gemeinderates mit dem Tagesordnungspunkt "Neugliederung der Gemeinde Schwalbach mit dem Ziel der Neuschaffung einer eigenständigen Gemeinde Bous" gefordert hat, so war ich auch der Meinung, daß sich auch die Mitglieder des Ortsrates von Schwalbach mit dieser so wichtigen Angelegenheit befassen sollten. Der Ortsrat von Schwalbach hat dies in seiner Sitzung am 11.12.1979 getan und nach einer sachlich fairen Diskussion folgenden Beschluß gefaßt:

"Der Ortsrat des Gemeindebezirks Schwalbach beschließt in geheimer Abstimmung als Empfehlung an den Gemeinderat die Beibehaltung der jetzigen Gemeinde Schwalbach bestehend aus den Gemeindebezirken Bous, Elm, Ensdorf, Hülzweiler und Schwalbach".

Das Abstimmungsergebnis lautete: 8 Stimmen dafür und 3 Stimmen dagegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates, ich darf Sie alle herzlich bitten, auch diese eindeutige Entscheidung des Ortsrates Schwalbach mit in Ihre heutige Beratung und Entscheidung einzubeziehen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Heffinger, führt zu dem TOP u.a. aus:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Befürworter einer Ausgliederung von Bous aus der Gemeinde sind bis heute die entscheidende Antwort auf die Frage nach den sachlichen Gründen schuldig geblieben. Dabei müßte gerade eine fundierte Begründung für einen so weit-reichenden Antrag das A und O sein. Auch Sie, Herr Schmitz, haben in Ihren Ausführungen keine sachlichen Gründe, die eine Ausgliederung rechtfertigen, anführen können.

Wenn man sich die sogenannten Argumente der Bürgervereinigung Bous ansieht, so ist das eine ganz bestimmte Mischung, durchaus interessant und aufschlußreich. Im wesentlichen sind 3 Elemente zu erkennen.

1. Es sind einmal Beschwerden über Versäumnisse der Verwaltung - zeitweise ungepflegte Anlagen, Verzögerungen bei Baumaßnahmen z.B. - Diese Dinge hat es schon vor der Gebietsreform gegeben und wird es vermutlich auch in 100 Jahren noch geben, und das sicherlich nicht nur in Bous oder Schwalbach. Daß Arbeiten in einer Gemeinde nicht so laufen, wie sie sollen, ist gewiß kein Problem, daß durch die Gebietsreform entstanden ist; aber es ist versucht worden, es so darzustellen.
2. Man hat der Bouser Bevölkerung einzureden versucht, Bous sei seit der Gebietsreform gegenüber den anderen Gemeindebezirken benachteiligt worden. Wenn man sich die Zahlen über die Investitionen ansieht, so sprechen die Tatsachen eine ganz andere Sprache. Seit 1974 sind im Gemeindebezirk Bous über 11 Mill. DM investiert worden; das ist die höchste Investition von allen Gemeindeteilen. Aber die Bürgervereinigung will das nicht zur Kenntnis nehmen. Sie hat es vermocht, entgegen allen Tatsachen und Fakten, großen Teilen der Bevölkerung das Gegenteil weiszumachen.
3. - und das ist die Hauptsache - waren es Appelle an das Herz, Gemüt und Gefühl, mit einem Wort Emotionen.

In Ermanglung echter Gründe für das Begehren nach Ausgliederung hat man mit Emotionen Stimmung gegen die Gemeinde gemacht und damit ohne Zweifel erfolgreich die Bevölkerung in dem gewünschten Sinn zu beeinflussen vermocht. Ich will es mir ersparen, die entsprechenden Zitate hier anzuführen.

Die Bürgervereinigung Bous ist einer echten Diskussion um die Sache stets aus dem Wege gegangen. Wo man vermutete oder befürchtete, eine Diskussion könne aufkommen, hat man sie verhindert. Mit welchen Mitteln und Methoden, das wissen wir doch noch alle. Ich erinnere nur an die schlimmen Vorkommnisse in der Bürgerversammlung im Petrihof im April ds. Jahres.

Wo man die Diskussion nicht verhindern konnte, hat man geschwiegen. Ich erinnere an die Podiumsdiskussion vor der Kommunalwahl hier in diesem Saal.

Herr Schmitz hat in der Gemeinderatssitzung, in der dieser Antrag, der uns heute vorliegt, vertagt wurde, die Interessenlage der SPD in der Frage Bous angesprochen. Er sagte: "Wer hat denn nun einen politischen Zugewinn, wenn es zu einer Auflösung der Großgemeinde kommt. Heute sitzen hier 21 Ratsmitglieder der SPD, es sitzen 2 Ratsmitglieder der FDP hier, das sind 23 und es sitzen statt 25 nur noch 22 CDU-Ratsmitglieder hier. Es hat genau an der Stimmenzahl her etwas an 150 Stimmen gefehlt und wir hätten ein absolutes Verhältnis."

Das Letzte ist ja wohl nicht richtig, mit 150 Stimmen mehr, hätten Sie vielleicht einen weiteren Sitz bekommen, aber 22 Sitze sind immer noch nicht die absolute Mehrheit. Aber das nur am Rande.

An einer anderen Stelle seiner Ausführungen sagt Herr Schmitz: "Es gilt sicher auch für das eine oder andere Ratsmitglied allerhand aufzugeben. Und gerade dies birgt die Gefahr in sich, daß man versucht abzuwägen, was geben wir denn auf, wenn diesem Antrag stattgegeben wird. Dann hätte die SPD-Fraktion allerhand aufzugeben, denn wir stehen doch heute in einer ganz anderen Situation da, wie wir noch vor einem halben Jahr vor der Wahl gestanden haben", Ende des Zitates.

Von der Situation, wie sie sich nach der Wahl in der Gemeinde darstellt, müßte die SPD, das kann man so schlußfolgern, zumindest ein weit geringeres Interesse an einer Ausgliederung von Bous haben als vorher. Das Verhalten der SPD in dieser Frage, das ist es was Herr Schmitz sagen wollte, sei nicht von parteitaktischen Gesichtspunkten bestimmt. Aber das Verhalten der SPD auf kommunaler Ebene wird hier von den übergeordneten Interessen der Partei auf Landesebene bestimmt. Der Antrag heute auf Ausgliederung liegt, wenn man an die Landtagswahl 1980 in wenigen Monaten denkt, durchaus im Interesse der SPD.

Bei der letzten Kommunalwahl hat die CDU, außer in Bous, in allen vier anderen Gemeindebezirken über 50 % der Stimmen erhalten. Ohne Bous hätte die CDU eine solide Mehrheit an Sitzen. Wenn wir unser Verhalten nach parteitaktischen Gesichtspunkten ausrichten wollten, dann wäre uns Ihr Antrag willkommen gewesen. Nach unserem Verständnis aber kann die Entscheidung in einer so wichtigen Sache nicht nach parteipolitischen Interessen gefällt werden.

Integration

Immer wieder wird im Zusammenhang mit der Gebietsreform die Frage der Integration angesprochen, von Gegnern wie von Freunden unserer Gemeinde. Seit Bestehen der Gemeinde Schwalbach hat es zahlreiche Versuche und Bestrebungen in dieser Richtung gegeben. Die Bemühungen um Integration ziehen sich wie ein roter Faden durch die Kommunalpolitik der letzten 6 Jahre und das kulturelle und sportliche Leben der Gemeinde. Dabei war allen real Denkenden von vorneherein klar, daß das Zusammenwachsen der einzelnen Teile Zeit, ja viel Zeit, brauchen würde und daß dazu viel Geduld und ein langer Atem nötig sein würden; Erfahrungen haben das gelehrt.

Es würde zu weit führen, auf alle Bemühungen zu integrieren einzugehen. Ich will mich deshalb auf einige Beispiele beschränken.

Seit 1974 hat die Gemeinde viele Veranstaltungen ins Leben gerufen, die die Begegnung der Menschen untereinander fördern. An erster Stelle will ich hier die Kulturtage und Jugendwochen nennen; dabei arbeiten Vereine und Jugendgruppen aus allen Gemeindeteilen zusammen und gestalten das Programm. Gelegenheit und Beiträge zur Integration sind z.B. die Sportlerehrung und der Neujahrsempfang. Immer stärkere Beachtung finden die Märkte und Leistungsschauen, ob das die Oster-, Herbst- oder Weihnachtsmärkte sind oder der Wochenmarkt in Schwalbach, der von den Bürgern aus allen Gemeindeteilen angenommen wird. Die Leistungsschauen in Ensdorf und Hülzweiler sind immer ein voller Erfolg. Das sind Veranstaltungen, die von vielen Vereinen und Verbänden aus der Gemeinde getragen werden, Veranstaltungen, bei denen sich die Menschen aus unserer Gemeinde begegnen.

Ich darf auch an das Gemeindewappen erinnern, das vor drei Jahren verliehen wurde und das in seinen Symbolen die Einheit der Gemeinde versinnbildlichen soll.

Der Bürgermeister hat sich stets für die Integration eingesetzt. Mit immer neuen Ideen und Initiativen verfolgt er mit Phantasie und Energie dieses Ziel. Einige Dinge habe ich eben angeführt. Bei seiner Amtseinführung sagte der Bürgermeister: "Wir stehen an einem Neubeginn und ich bin sicher, daß die neue Einheit für alle ihre Bürger bedeutende und qualifizierte Leistungen erbringen wird, wenn eine harmonische Zusammenarbeit mit dem guten Willen aller zustande kommt." Auf das Letztere scheint es mir entscheidend anzukommen, auf den guten Willen.

Bei allem menschlichen Tun und Handeln, um ein erstrebenswertes Ziel gemeinsam zu erreichen - und die Integration der Gemeinde ist für uns ein erstrebenswertes Ziel -, ist es eine unumgängliche Voraussetzung, daß von allen Beteiligten ein Mindestmaß an gutem Willen und Bereitschaft zur Mitarbeit aufgebracht wird.

Es ist leicht, ja die einfachste Sache der Welt, eine Aufgabe zum Scheitern zu bringen, die nur gemeinsam zu lösen ist. Man braucht nicht zu wollen, genau diese Situation finden wir in Bous vor.

Herr Schmitz hat es in der Gemeinderatssitzung vom 26.11.1979 deutlich ausgesprochen: "Jeder, der nun einmal mit Bous zu tun hat, der weiß, daß von Anbeginn der Stunde der Schaffung der Großgemeinde, Bous gegen diese Großgemeinde war. Das sind Tatsachen, an denen ist nicht vorbeizukommen. 2 Jahre lang habe ich die Fraktion der SPD geführt im vergangenen Gemeinderat. 2 Jahre lang war in dieser Fraktion auch die Frage, Bous muß wieder selbständig werden, eine Frage, mit der wir uns in der Fraktion immer wieder beschäftigt haben. Das Ziel der Bouser Ratsmitglieder hier in diesem Gemeinderat war auch diese Selbständigkeit, das haben wir in den vergangenen Jahren alle erlebt." Ende des Zitates.

Das hat dazu geführt, daß ein Mann wie Herr Schmitz, der ohne Zweifel eine gehörige Portion Standvermögen und Durchsetzungskraft besitzt, in dieser Frage resigniert hat.

Die Aufgabe, zu intergrieren ist zwar schwierig, aber nicht unlösbar, wenn alle Beteiligten sie lösen wollen. Solange allerdings selbst ein Minimum an gutem Willen fehlt, wird das nicht zu schaffen sein. Darin liegt einzig und allein der Grund dafür, daß die unzähligen Bemühungen um Integration in Bous nicht zu dem angestrebten Ergebnis geführt haben.

In dieser Gemeinde braucht sich niemand unterzuordnen, nur einordnen muß man sich können und wollen, ein Minimum an gutem Willen aufbringen und in dem andern den gleichberechtigten Partner sehen. Wenn unter diesen Voraussetzungen und in diesem Geist sich die einzelnen Gemeindebezirke bemühen, bleibt der Erfolg nicht aus, den Beweis dafür haben uns die Elmer mit dem Ergebnis der Bürgerbefragung geliefert. Wie sonst ließe sich das eindeutige Votum der Elmer für den Verbleib in der Gemeinde erklären, angeblich waren doch nach SPD Meinung noch vor wenigen Jahren 80 % aller Elmer für ein Zusammengehen mit Bous. Was aber hat den Sinneswandel in so kurzer Zeit hervorgerufen? Ohne Zweifel einmal die unvoreingenommene Beurteilung der Leistungen, die von der Großgemeinde in Elm erbracht wurden, vor allem aber das Gefühl in die Gemeinde integriert zu sein und gut aufgehoben zu sein. Die Elmer Bürger haben es aber auch nie an der Bereitschaft und an gutem Willen zur Mitarbeit fehlen lassen.

Lebensfähigkeit einer selbständigen Gemeinde Bous

Selbst den heftigsten Verfechtern der Selbständigkeit von Bous war bisher der Gedanke, eine relativ kleine Gemeinde in diesem Ballungsgebiet zu schaffen, nicht ganz geheuer. Sie müssen wohl selbst Zweifel an der Lebensfähigkeit gehegt haben. Wie sonst ließen sich die eifrigen Bemühungen der BV Bous erklären, die Elmer für einen Zusammenschluß mit Bous zu gewinnen. Der Beschluß des Elmer Ortsrates, in Elm eine Bürgerbefragung vor einer eventuellen Ausgliederung von Bous durchzuführen, kam der Bürgervereinigung ungelegen. In einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden sah sie in einer vorweggenommenen Befragung keinen Sinn. Wörtlich heißt es in dem Brief: "Bei einer Bürgerbefragung vor Auflösung der derzeitigen Großgemeinde werden wir deshalb als Bürgervereinigung, deren Interessen durch die Befragung tangiert werden, den Elmer Bürgern mit den uns zu Gebote stehenden publizistischen Mitteln empfehlen, der Wahl fern zu bleiben, um damit ihrer Ablehnung des Fortbestandes der derzeitigen Großgemeinde Ausdruck zu verleihen."

Hinterher müssen es sich die Vertreter der Bürgervereinigung doch wieder anders überlegt haben. Denn in den ihnen zu Gebote stehenden publizistischen Mitteln war von einer Empfehlung zur Stimmenthaltung dann doch keine Rede mehr.

Das Ergebnis der Befragung in Elm muß für die BV Bous eine herbe Enttäuschung gewesen sein. Die SPD hat da die Lage und Stimmung in Elm schon realistischer eingeschätzt. Zwar hat sich die SPD-Elm für einen Zusammenschluß mit Bous ausgesprochen und auch eine gewisse Unterstützung aus Bous erhalten, aber im großen und ganzen ist der Wahlkampf von der SPD recht verhalten geführt worden, wohl in dem Bewußtsein, daß die Elmer für ein Zusammengehen mit Bous nicht zu gewinnen waren. Das Ergebnis hat diese Ahnung ja auch voll bestätigt. Nur knapp 32 % waren für einen Zusammenschluß mit Bous, 68 %, also mehr als doppelt so viele, insgesamt zwei Drittel aller Wähler, wären für einen Verbleib in der Gemeinde Schwalbach. Ein eindeutiges Ergebnis bei einer Wahlbeteiligung von über 72 %. Ein klares Vortum für die Gemeinde. Wir sehen darin auch eine Anerkennung für die seit Bestehen der Großgemeinde in Elm geleistete Arbeit.

Der Wahlkampf ist in ruhiger fairer Weise ohne Fanatismus und unnötige Emotionen und Gefühlsausbrüche geführt worden, ohne Verbitterung und verletzte Gefühle zu hinterlassen.

Das Ergebnis der Befragung ist in Hülzweiler, Ensdorf und Schwalbach mit Befriedigung aufgenommen worden. In Bous hat es gewiß nicht zu einem Umdenken in der Frage der Gebietsreform geführt, das anzunehmen wäre eine Illusion. Es hat aber zumindest bei einem Teil der Bevölkerung in Bous die Frage verstärkt: "Kann Bous für sich allein lebensfähig sein"?

In der Tat würde ein selbständiges Bous für sich allein genommen mit 8.000 Einwohnern, zu den kleinsten Gemeinden im Saarland gehören, vor Weiskirchen, Perl, Obertal und Namborn. Von der Fläche her gesehen, wäre Bous die kleinste Gemeinde mit 770 ha, die eben genannten Gemeinden besitzen ein Vielfaches an Fläche.

Vielleicht sollte man einmal den SPD-Landtagsabgeordneten Caspar fragen, wie er die Chancen einer Gemeinde von 8.000 Einwohnern mit einer Fläche von nur 770 ha mitten im Ballungsgebiet einschätzt. Herr Caspar hat ja, als über die Gebietsreform beraten wurde, für Gemeinden im Ballungsgebiet Mindestgrößen von 20.000 Einwohnern gefordert.

In der außergewöhnlich geringen Fläche liegt das eigentliche Problem für eine selbständige Gemeinde Bous. Es fehlt die Ausdehnungs- und Entwicklungsmöglichkeit, darum das aus Bouser Sicht verständliche Bestreben sich mit Elm zusammenzuschließen.

Herr Caspar hat noch einen weiteren Grund gehabt, von dem Zusammenschluß Bous-Elm zu sprechen. Er weiß, daß das Vorschaltgesetz für Verdichtungsräume nur Gemeinden über 15.000 Einwohnern vorsieht, mit Elm hätte Bous diese Größenordnung fast erreicht.

Im übrigen wollte Herr Caspar in der Frage Bous im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen, so hat er es wenigstens vor der Kommunalwahl angekündigt. Aber wie in Siersburg überläßt er es auch bei uns zunächst einmal der untersten Ebene, für seine Versprechungen einzutreten.

Meine Damen und Herren, in einer der letzten Sitzungen, in der es auch um den vorliegenden Antrag ging, hat der Beigeordnete, Herr Schmitz, in bezug auf Elm gesagt, "ehe wir uns über Erbteile unterhalten könnten, sollten wir erst einmal darüber entscheiden, ob die Großgemeinde neu geordnet werde".

Es ist sicherlich unangebracht, in diesem Zusammenhang von einem Gemeindebezirk und den darin lebenden fast 5.000 Menschen, als Erbteil zu sprechen. Unter Erbteil versteht man ja gemeinhin etwas, was man einem anderen vermacht.

Nun ist es kein Geheimnis, daß der Antrag auf Ausgliederung eine Mehrheit finden wird. Daher wird es ja erlaubt sein, heute abend auch darüber zu sprechen, welche sachlichen Konsequenzen sich im Falle einer Ausgliederung ergeben.

Ich will heute hier doch nur auf einige wenige Punkte eingehen.

Die Realschule der Gemeinde Schwalbach hat z.Zt. den Standort im Gemeindebezirk Bous. Der Gemeinderat hat diesen Standort seinerzeit nicht zuletzt, oder besser gesagt, vor allem aus politischen Gründen, festgelegt. Wir haben seitdem loyal zu dieser Entscheidung gestanden. Bei einem Ausscheiden von Bous müßte ein neuer Standort für die Realschule Schwalbach bestimmt werden. Z.Zt. liegen dem Gemeinderat Pläne des Kreises vor, in Bous Funktionsräume für die Realschule zu errichten. Insoweit erscheint es auch sachlich nicht vertretbar, bevor der endgültige Standort sichergestellt ist, weitere Investitionen im Bereich der Realschule zu billigen.

Das 2. Problem, das ich anspreche, hat eine längere Geschichte, trotzdem nicht altertümlich, sondern brandaktuell. Im Jahre 1937 wurden aus der Gemarkung Griesborn größere Flächen, und zwar 64 ha, abgetrennt und der Gemeinde Bous zugeschlagen. Es handelt sich um den Bereich Bommersbachtal bis zur Saar. Z.Zt. hat sich eine Bürgerinitiative in Griesborn gebildet, die mit Nachdruck fordert, daß diese Flächen im Hoheitsbereich der Gemeinde Schwalbach verbleiben, falls Bous aus der Gemeinde Schwalbach ausscheidet. Z.Zt. läuft für diese Forderung eine Unterschriftenaktion. Es stellt sich notwendigerweise weiter auch die Frage nach dem Standort der Polizeidienststelle und der Gemeindewerke.

Meine Damen und Herren, der Gemeinderat kann letztlich nicht über die mit dem Antrag der SPD-Fraktion verfolgte Neugliederung entscheiden. Die Entscheidung über die Gebietsänderung liegt in anderer Kompetenz.

Der Rat kann also höchstens seine Meinung in dieser Frage offenlegen und bestenfalls eine Empfehlung aussprechen.

Weil einerseits sachliche Gründe für eine Austrennung von Bous nicht erkennbar sind und andererseits wegen der zu geringen Bevölkerungszahl im Verdichtungsgebiet und der völlig unzureichenden Fläche, zumindest Zweifel an einer dauerhaften Lebensfähigkeit einer eigenständigen Gemeinde Bous erlaubt sind, können wir eine Ausgliederung nicht empfehlen.

Die CDU-Fraktion hat für den vorliegenden Antrag, wie 1975 in der Namensfrage, die Abstimmung freigegeben.

Danach übernimmt der Erste Beigeordnete, Herr Willi Schmitz, vorübergehend den Vorsitz.

SCHMITT Leo-Stefan (SPD)

Bevor ich zum eigentlichen Inhalt dessen komme, was ich hier darlegen will, etwas was mich persönlich vorhin beim Eintritt in den Saal berührt hat und zu dem mich mindestens 25 - 30 Bürger aus dem Ortsteil Bous angesprochen haben. Es geht darum, meine Damen und Herren, daß heute, genau wie bei der letzten Abstimmung über den Antrag auf Auslösung des Ortsteils Bous mehrere Polizeibeamte hier im Saal waren. Ich bin selbst Polizeibeamter und weiß aus meiner beruflichen Erfahrung und aus meinen beruflichen Schulungen, wenn Polizeibeamte in einem Saal sind, mit Störungen oder Unruhen zu rechnen ist. Ich darf hier für die Bürger aus Bous erklären, daß es in Bous, zumindest unter den Bürgern, die hier anwesend sind, keine Rabauken, Unruhestifter und Ayatollahs gibt. Dies war eine vollkommen falsche Entscheidung, die nicht zur Integration des Ortsteils Bous beiträgt.

Zu Beginn hat Herr Fleck ja ausgeführt, daß es sehr schwierig wäre, den Ortsteil Bous aus dieser Großgemeinde auszugliedern, was er auch versucht hat, juristisch zu untermauern. Ich bin jedoch der Auffassung, daß es ein vollkommen sinnloses Unterfangen ist, heute nach 6 Jahren Großgemeinde jemand in Bous zu erzählen, daß es hier um rein juristische Dinge geht. Hier geht es ganz eindeutig um parteitaktische Dinge. Und wenn der Herr Bürgermeister angeführt hat, eine an der Gemeinde ausgerichtete örtliche Gemeinschaft sollte nach den Gesetzen das Ziel sein, dann muß ich hier sagen, daß im Jahre 1972/73 eine am überörtlichen Parteiwohl orientierte und den Bouser Bürgern aufoktroyierte Gemeinschaft hier installiert worden ist. Ich will deshalb versuchen, in einem Punkt dies nochmals darzulegen.

Im Jahre 1972 schwebte der Expertenkommission beim Innenministerium die Zusammenfassung der Gemeinden Schwalbach, Hülzweiler, Elm und Bous vor. Zitat: "Würde Ensdorf mit Schwalbach, Hülzweiler, Bous und Elm zusammengeschlossen, so entstünde eine Mamutgemeinde mit ca. 35.000 Einwohnern, die nahe an die Einwohnerzahl von Saarlouis heranreichen würde. Ein solches Verhältnis erscheint aber in Anbetracht des starken Bedeutungs- und Funktionsgefälles nicht angebracht". Es geht weiter im gleichen Gutachten: "Bei der Bestimmung des künftigen Verwaltungssitzes muß festgestellt werden, daß weder Hülzweiler, noch Schwalbach, noch Elm einen hinreichend starken Ortskern mit ausgeprägten Dienstleistungszentren entwickelt haben. Bous weist dagegen ein innerörtlich stark entwickeltes, kompaktes Siedlungsbild mit deutlicher Kernbildung aus. Bous ist ein leistungsstarker Versorgungsschwerpunkt und an der Hauptverkehrsachse gelegen". Das war das, was der Herr Bürgermeister als juristische Begründung dargelegt hat.

Jetzt kommen wir zum Parteipolitischen. Ein Jahr später, im Jahre 1973, schlägt die Landesregierung eben diesen Zuschnitt, also incl. Ensdorf, was nach Expertenmeinung, eine Mamutgemeinde, ein kommunalpolitisches Monstrum, wie es Hans Kaspar bezeichnet hat, darstellt, vor. Die jetzige Fünferlösung war zum ersten Mal im Gespräch. Als Name der Gemeinde wurde Bous angegeben. Wäre es nun bei diesen zwei Streichen geblieben, könnte auch jeder Bürger einen gewissen Durchblick haben. Aber es folgten noch mehrere Streiche, jeder mit einem neuen Präludium und mit einem noch tolleren Finale.

Der 3. Streich; im September 1973, also ein halbes Jahr später, will die CDU-Landtagsfraktion das Gebilde von Bous in Schwalbach umbenennen.

Nach massiven Protesten kam dann nach einer denkwürdigen Klausurtagung in Orscholz der 4. Streich. Ich zitiere den damaligen CDU-Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Herrn Prof. Konrad Schön, in der Saarbrücker Zeitung vom 15.10.1973: "Als weitere Abänderung gegenüber dem Regierungsentwurf hat die CDU-Fraktion vor, die Neubildung einer Einheitsgemeinde Bous-Elm und eine Einheitsgemeinde Schwalbach, Hülzweiler, Ensdorf zu beantragen". Unterstützt wurde diese klare Aussage durch vorhergegangene Aussagen von Bouser und Elmer Kommunalpolitikern und dem späteren Innenminister Alfred Wilhelm.

Ich will einige Schlagzeilen vorlesen: Saarzeitung vom 8.12.1970: MdL A. Wilhelm, "Schwalbach, Hülzweiler, Ensdorf gehören zusammen". Saarbrücker Zeitung vom 9.12.1970: "Ensdorf, Schwalbach, Hülzweiler eine Einheit", Untertitel "Lebensfähige Einheit", dies als Zitat von Herrn Wilhelm. Es geht weiter. "Wilhelm bleibt bei kleiner Lösung", Untertitel "Ensdorf, Hülzweiler und Schwalbach wollen zusammenbleiben".

Saarzeitung vom 6.2.1971: "Elm-Bouser Allianz scheint perfekt". Untertitel "Bürgermeister Schackmann: größere Lösungen sind für uns keine Möglichkeiten". Saarbrücker Zeitung vom 11.2.1971: "Lösung Bous-Elm zeichnet sich ab, Großstadttraum scheint nur Schaum", Untertitel: "Bürgermeister Oswald Schackmann bekannte sich zu kleiner Lösung, Mehrheiten vorhanden". Ein Zitat aus diesem Artikel dann: "Der Chef der Landesplanungsbehörde in Saarbrücken glaubt auch heute noch, daß ein Traum von der Mittelstadt vor den Toren von Saarlouis verwirklicht wird". Dann kommt die Zwischenüberschrift: "Traum ist verbannt". Weiter: "Dieser Traum scheint nun endgültig verbannt zu sein, nachdem sich das Schwalbacher Kommunalparlament und die CDU Hülzweiler entschlossen haben, einen Zusammenschluß mit Ensdorf zu suchen". Man höre und staune. Die Kommunalparlamente hatten damals schon abgestimmt, nur was gibt man auf das dumme Geschwätz von gestern, wenn es einem nachher anders in den Kram paßt.

Nach diesem Orscholzer Beschluß begann dann eine muntere Reise in Pilgertätigkeit aus Richtung Staatskanzlei in den Gemeindesaalbau nach Schwalbach und nach Elm zum damaligen Bürgermeister und jetzigen Ortsvorsteher. Ministerpräsident Röder hat es geschafft, alles vorher lauthals Getönte, als dummes Geschwätz von gestern hinzustellen. Parteibücher wurden wieder an sich genommen, dafür andere, so in Bous, zurückgegeben. Das Ziel war erreicht. Eine SPD-Mehrheit in Bous war gebrochen. Durch die Bildung der Großgemeinde zwischen den Städten Völklingen und Saarlouis, beide mit SPD-Oberbürgermeistern, wurde eine christdemokratische Mammutgemeinde etabliert. Das war die Gebietsreform der CDU und jetzt zu dem Bürgerwillen, der ja auch damals sehr zur Diskussion stand. Der Bürgerwille hatte sich in Bous ganz deutlich manifestiert. Der Bürgerwille hat sich bis heute auch nicht geändert. Ich frage Sie: Warum machen Sie eine Bürgerbefragung in Elm, wenn Sie den Elmer Bürgerwillen respektieren wollen und den Bürgerwillen in Bous mit Füßen treten wollen. Sie haben doch offensichtlich zweifache Vorstellungen von Bürgerwillen, nämlich den erster Ordnung, das ist der, der Ihnen paßt und den zweiter Ordnung, das ist der, der Ihnen nicht paßt.

Weiter hat Herr Fleck hier angeführt, daß Unfrieden und Uneinigkeit keine Möglichkeiten seien, eine Gemeinde zu entwickeln. Der gute Wille aller Beteiligten müßte da sein, um eine Gemeinde zu entwickeln. Ich gebe Ihnen da recht Herr Fleck. Ich will daran erinnern, wie wiederum den Bouser Bürgern vor den Kopf geschlagen wurde, als man Rehlingen "Rehlingen" genannt hatte. Dies ist ein Aspekt aus der Sicht, warum Bous wieder selbständig werden will, zumindest emotional. In Rehlingen hat man gesagt, Rehlingen muß Rehlingen heißen, weil Rehlingen an der B 51 liegt, an der Saarstraße liegt, Finanzaufkommen bringt und dergl. mehr. In Schwalbach hat es dann geheißen, Schwalbach muß Schwalbach heißen, weil es eben kein Finanzaufkommen hat, wie Bous, weil es eben nicht an der B 51 und weil es nicht an der Saar liegt, deswegen muß es Schwalbach heißen.

Dann kommt ein weiterer Integrationsversuch, wie ich ihn jetzt darstelle. Die SPD hat gesagt, in dieser neuen Großgemeinde wollen wir mitarbeiten und dazu beitragen, daß diese Gemeinde sich integrieren kann, daß sie evtl. leben kann. Sie besitzt die Frechheit, einen Bei-geordneten vorzuschlagen, den ehemaligen Bürgermeister von Bous. Ich darf Herrn Theobald zitieren: "Wir haben die Macht und wir werden sie gebrauchen". Ein unheimlicher Integrationsversuch.

Danach übernimmt der Bürgermeister, Herr Fleck, wieder den Vorsitz.

Nun die Tätigkeiten, die in Bous durchgeführt wurden. Herr Heffinger hat sie vorhin hier angesprochen. 11 Millionen DM; hierzu kann ich sagen, daß es weitgehend nur noch darum ging, Beschlüsse des ehemaligen Gemeinderates Bous zu finanzieren bzw. in die Tat umzusetzen. Bei finanzieren muß man dazu sagen, daß die Finanzplanung der ehemaligen Gemeinde Bous in jedem einzelnen Fall da war. Sie haben weiter angeführt, Herr Heffinger, daß alles hier besser wird in unserer Großgemeinde, auch auf Landesebene, . Verwaltungsmäßig würde weniger Aufwand benötigt und personell könne man Geld sparen durch den Einsatz von Computern und EDV-Techniken. Sie haben vorhin gesagt, daß die vor der Gebietsreform eingebrachten Gesetze auch nachher zutreffen.

HEFFINGER Erich

Herr Schmitt, gestatten Sie eine Frage?

Ich bin mir also jetzt nicht mehr sicher, ob Sie mir hier Dinge in den Mund legen wollen, oder ob Sie sich die eingebildet haben. Ich habe nämlich mit Sicherheit, das was Sie jetzt angesprochen haben, nicht gesagt.

SCHMITT Leo-Stefan

Ich will also die weiteren Punkte, ich habe mir 10 oder 11 hier notiert, nicht mehr näher erläutern, sondern nur noch 3 oder 4 ansprechen.

Wenn Sie sagen, der Gemeinderat hier, die Gemeinderatsfraktion der SPD, wolle der SPD auf Landesebene helfen, so kann ich Ihnen nur sagen, daß die SPD auf Landesebene seit dem Orscholzer Beschluß in der Frage Bous, eine einzige Meinung hat und diesen Beschluß auch weiterhin vertritt. Zweiter Punkt: Sie haben ausgeführt, Geduld und langer Atem sei notwendig, mittlerweile sind 6 Jahre ins Land gegangen. In anderen Bundesländern, insbesondere dort, wo Ihr Vorkämpfer und auch Bundeskanzlerkandidat herkommt, in Bayern, wurden die Lehren aus der mißglückten Gebiets- und Verwaltungsreform gezogen. Dort hat man geändert, wo es offensichtlich nicht gelungen ist, einzelne Ortsteile zu integrieren.

Als letzter Punkt, Sie haben die Realschule angesprochen. Sie wissen doch, daß in der ehemaligen Gemeinde Bous bereits jahrelang die Forderung bestanden hat, eine Realschule zu bauen. Wenn jetzt dieser Gemeinderat beschließt, daß die Realschule nach Bous kommt, ist das nichts anderes, als eine logische Konsequenz dessen, was vorher andauernd gefordert worden ist. Nun muß ich die Frage stellen, hat in Hülzweiler jemals jemand vorher gesagt, er will eine Realschule? Dann die Polizeidienststelle, ich meine die Polizeidienststelle war schon lange vorher in Bous.

HEFFINGER Erich

Herr Schmitt, ich gebe Ihnen insoweit recht, wenn Sie sagen, in Hülzweiler ist die Forderung nach einer Realschule vorher nicht gestellt worden. Aber wissen Sie ganz genau, und ich unterstelle Ihnen, daß Sie es wissen, daß zumindest ebenso lange wie Bous, auch die damalige Gemeinde Schwalbach diese Realschule verlangt hat. Dann bitte, sagen Sie doch das auch.

SCHMITT Leo-Stefan

Es geht darum, daß die ehemalige Gemeinde Bous, Herr Heffinger, sogar ein Finanzierungsangebot an die Landesregierung gemacht hat, daß sie für die Landesregierung vorfinanziert. Die tatsächliche Entwicklung dieser Realschule in Bous war bedeutend weiter vorangeschritten, als dies in Schwalbach der Fall war. Darum geht es in diesem Punkt. Dann haben Sie die Polizeidienststelle angesprochen. Die Polizeidienststelle ist nicht nach Bous gekommen, weil es der Großgemeinde so gefallen hat, sondern weil sie schon jahrelang da war und weil dort vernünftige Räume sind.

Den letzten Punkt will ich noch ansprechen, den Sie hier dargelegt haben und zwar die Bürgerinitiative in Griesborn, die die Ausgliederung der Flächen, aus der evtl. zu bildenden Gemeinde Bous betreiben will, die 1937 der ehemaligen Gemeinde Bous hinzugeschlagen wurden. Ich habe mir mal die Mühe gemacht diese Woche und 2 1/2 Stunden auf dem Landesarchiv mir dort alle Unterlagen zu Gemüte geführt. Dort steht im Amtsblatt des Reichskommissars für das Saarland, daß die ehemalige Landgemeinde Griesborn mit der Landgemeinde Schwalbach zusammengelegt wird und die Ausgliederung des Bommersbachers Hofes mit 154 Einwohnern in die Landgemeinde Bous, beschlossen wird. Gleichzeitig steht da, daß dies inkrafttreten soll am 1.4.1937. Diese Position wurde nicht einfach durch Gesetz beschlossen, sondern vorher hat eine Anhörung der Gemeinde stattgefunden. Jetzt kann man natürlich sagen, was 1937 war, stört uns wenig, nur fragen Sie mal Ihren 1. Fraktionsführer, den Bürgermeister, wie die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches aussieht. Ich kann da nur sagen, wer heute mit derartigen Methoden ankommen will, Realschule weg, Polizeidienststelle weg aus Bous, Bürgerinitiative Griesborn, Bous wird wieder beschnitten, der versucht nichts anderes, als Bouser Bürger zu verunsichern; Bouser Bürger dahin zu treiben, daß sie nachher der Meinung sind, wir seien alleine nicht lebensfähig und das ist das, was sie am Schluß noch gesagt haben, Bous könne alleine nicht lebensfähig sein. Ich kann nachher, wenn es gewünscht wird, gerne noch einmal ausführen, daß Bous auch ganz alleine lebensfähig sein wird. Unterstellen Sie uns nicht andauernd, die Bouser hätten von Anfang an nur nach Elm geschaut. Sie wissen genau so gut wie ich, die Bürgervereinigung in Bous heißt nicht Bürgervereinigung zur Wiedererlangung der Selbständigkeit der Gemeinde Bous-Elm, sondern Bürgervereinigung zu Wiedererlangung der Selbständigkeit der ehemaligen Gemeinde Bous/Saar. Dies ist etwas, was wir schon vor der Bürgerbefragung in Elm beantragt haben und dazu stehen wir. Ich bin auch der Meinung und es ist ja auch ganz offensichtlich, daß auch die gesamte SPD in dieser Gemeinde dazu steht.

LENNERZ Max (CDU)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

so sehr ich es bedauere, daß wir ausgerechnet in der Woche vor Weihnachten dieses Thema heute gegensätzlich diskutieren, so sehr bin ich andererseits bereit, offen darzulegen, warum ich dem gestellten Antrag nicht zustimmen werde. Meine Überlegungen sind in gebotener Kürze folgende:

1. Nachdem sich die Bürger von Elm für einen Verbleib in der jetzigen Gemeinde und damit gegen einen Zusammenschluß mit Bous ausgesprochen haben, sehe ich keine Möglichkeit, zu einem vernünftigen Zuschnitt einer neuen Gemeinde Bous zu gelangen.
2. Da aus dieser meiner Sicht allenfalls die Aussicht besteht, die alte Gemeinde Bous in ihren früheren Grenzen wieder zu errichten, sehe ich Schwierigkeiten, Risiken auf die Gemeinde zukommen, die mir die Wiedererlangung ihrer Selbständigkeit fragwürdig, risikobehaftet erscheinen läßt.

Zwar ist richtig, daß eine selbständige Gemeinde Bous sich selbst regieren, bei Fortbestand unseres jetzigen Gewerbesteuersystems einerseits und bei einem etwa gleichbleibenden Steueraufkommen andererseits, sogar gut bestehen kann. Aber, diese Grundlage kann sich schnell verändern.

Sie kann sich bereits dadurch nachteilig verändern, daß wegen unserer derzeitigen Abhängigkeit von einem Großsteuerzahler das erhoffte Steueraufkommen sich verringert. Die Gründe hierfür sind allgemein bekannt, ich möchte nicht in schwarz färben, indessen bringt es nichts, sich angesichts der veränderten wirtschaftlichen Situation den Blick hierfür zu versperren. Sie wissen, was ich hier ansprechen will.

Die angesprochene Grundlage wird sich mit Sicherheit über kurz oder lang dadurch nachteilig verändern, daß das System der Gewerbesteuer in Wegfall kommt. Die Gewerbesteuer wird abgeschafft, sie muß abgeschafft werden, hier gibt es kein Zurück, da das EWG-Recht uns, unseren Gesetzgeber hierzu zwingt.

Kommt es dann zu der bekannten Ersatzlösung, die zur Zeit diskutiert wird, dann wird das Steueraufkommen nach der Kopfzahl Einwohner verteilt, dann ist die Konsequenz einfach die, daß die Gemeinde mit einer relativ kleinen Finanzmasse auskommen muß. Sie wird dann, und hier schließe ich mich dem Urteil anderer Leute an, nur mit Schwierigkeiten, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht oder kaum in der Lage sein, sich eine eigene Verwaltung zu halten, zum anderen ihre kostenaufwendigen Anlagen (bis hin zu den Bädern) zu unterhalten.

Nun mögen Sie mir entgegenhalten, daß dieses Schicksal andere Kommunen ebenfalls teilen, letztlich auch die Großgemeinde. Das ist richtig, allerdings ist die Konsequenz nicht dieselbe.

Es macht einen erheblichen Unterschied aus, ob die laufenden Unterhaltungskosten für Sachanlagen über eine große Finanzmasse von 35.000 Einwohner oder einen Anteil über eine Kopfzahl von nur 8.000 bis 9.000 Einwohner verteilt werden.

Schließlich ist eine Großgemeinde von der Finanzmasse her besser in der Lage, ihre Steuereinnahmen gezielt einzusetzen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich sehe durchaus die Vorteile, und bis hierhin stimme ich den Verfechtern einer Wiederherstellung der alten Gemeinde Bous, voll und ganz zu, daß eine wieder hergestellte Gemeinde Bous jetzt und heute nicht nur sich selbst regieren, vielmehr bei Fortbestand der vorerwähnten Prämissen sich sogar recht gut regieren kann.

Das aber, meine Damen und Herren, dieser Vorteil ist für mich zu gering, um die erwähnten Risiken und eine weitere Gefahr, auf die ich jetzt komme, aufzuwiegen.

3. Ein weiteres, sehr erhebliches Risiko sehe ich schließlich konkret darin, daß eine wiederentstandene Gemeinde Bous letztlich über kurz oder lang ihre Selbständigkeit doch wieder verlieren und in die eine oder in die andere Richtung eingemeindet werden wird. Wer diese Gefahr, dieses Risiko leugnet, der leugnet schlicht die Erfahrungen, die uns die Geschichte vergleichbarer Kommunen oder gar Städte liefert. Machen wir uns doch nicht vor. Bous liegt nun einmal in der Industrieschiene, in einem hochverdichteten Raum, und die hiervon ausgehende Sogwirkung kann nicht geleugnet werden.

Die Macht des Faktischen kennt in diesen Situationen ihre eigene Gesetzesmäßigkeit. Wer sich hier damit beruhigen oder mir entgegenhalten will, dann gründen wir Bouser eben eine neue Bürgervereinigung, dann machen wir auch gegen eine Eingemeindung Front, wer, meine Damen und Herren, so denkt oder redet, dem muß ich ernsthaft die Frage stellen, für wie stark und für wie kraftvoll hält er sich, um letztlich solchen Strömungen erfolgreich widersetzen zu können.

4. Ich habe weder geholfen die Großgemeinde zu schaffen, noch habe ich sie im Vorfeld ihrer Entstehung mit irgendeiner Erklärung favorisiert. Jetzt aber, da die Gemeinde geschaffen ist und in ihrem Zuschnitt von allen Beteiligten als gut befunden wird, kann sie für mich, und darüber mögen Sie denken wie immer Sie wollen, nicht etwa nur deshalb abgelehnt werden, weil sie aus meiner Bouser Sicht den falschen Namen trägt und weil letztlich der Bürgermeister mit seinem Hauptamt in Schwalbach und nicht in unserem Rathaus in Bous residiert. Das ist für mich, zugegebenermaßen, von untergeordneter Bedeutung. Von übergeordneter Bedeutung ist für mich, ob diese Gemeinde insgesamt eine gute Ausstattung erfährt, ob die Leistungs- und die Verwaltungskraft dieser Gemeinde Entwicklungsmöglichkeiten bietet, anders ausgedrückt: ob wir mit dieser Gemeinde in der Lage sind, nicht nur unsere Bedürfnisse von heute, vielmehr auch die Bedürfnisse der nachfolgenden Generation, unserer Jugend, zu befriedigen, das alles gemessen an den sich stets steigenden Erwartungen einerseits und den immer größer werdenden Aufgaben der Kommune andererseits.

Weil also die Gemeinde in ihrem Zuschnitt gut ist und weil sie nicht nur uns, wie mir scheint, sondern auch unserer Jugend in ausreichendem Umfang Entwicklungsmöglichkeiten bietet, die eine kleine Gemeinde Bous nicht mehr bieten kann, lehne ich es ab, hier an einer Veränderung oder gar an einer Zerstörung mitzuwirken.

Um auch hier nicht von meinen Bouser Mitbürgern nicht mißverstanden zu werden:

Ich habe andererseits nichts dagegen einzuwenden, insbesondere nicht aus Gründen irgendeiner Parteilaison, wenn von Saarbrücken aus, gleich aus welcher Mehrheit heraus, die ganze Reform überdacht und ggfls. Korrekturen, auch in unserem Raume, vorgenommen werden. Nur wage ich zu bezweifeln, und diese Auffassung kann mir niemand nehmen, daß weder vor und nach der Landtagswahl ausschließlich eine Änderung für uns in Bous gibt.

Soweit meine Überlegungen, warum ich den Antrag ablehne.

Gestatten Sie mir, hier etwas anderes zu sagen, sowohl an die Adresse meiner Ratskollegen, als auch an die Adresse der hier anwesenden Bouser Bürger und der Vertreter der Bürgervereinigung.

Die Bürgervereinigung hat gestern ein Flugblatt verteilt, dessen Inhalt im Kern dahin lautet, das Abstimmungsverhalten, ich zitiere, "insbesondere das der Herren Max Lennerz und Alfred Groß" zu beobachten. Sinngemäß dann weiter: Alle Fahrzeughalter auf nach Schwalbach.

Meine Damen und Herren, welche Absicht die Verfasser mit ihrer Aufforderung gegen mich und Herrn Alfred Groß verfolgen, das zu beurteilen überlasse ich gerne der Bevölkerung. Die Empörung, die dieses Blatt auch in Bous hervorgerufen hat, dürfte Ihnen, meine Herren der Bürgervereinigung, nicht entgangen sein. Fragen Sie einmal die älteren Bürger in Bous, in welche Zeiten sich diese zurückversetzt fühlen.

Ich sagen Ihnen, meine Herren des Vorstandes der Bürgervereinigung, insbesondere Ihnen, meine Herren Kollegen im weiteren Sinne, Ihnen Herr Ludwig und Herr Müller, ich empfinde Mitleid mit Ihnen, wenn Sie glauben, es notwendig zu haben, in solcher Weise gegen mich vorzugehen und glauben, damit mein Abstimmungsverhalten beeinflussen zu wollen. Es hat wirklich den Anschein, wenn ich dieses und andere Erklärungen Ihrerseits, Ihr Auftreten, Ihr Agieren mir vergegenwärtige, daß hier vielleicht nach dem Spruch verfahren wird: den Streit genießen, aber fürchterlich wären Friede und Ruhe.

Ich sage Ihnen ein Letztes. Im politischen Raum Druck oder Macht auszuüben oder gar in dieser Weise ein Abstimmungsverhalten beeinflussen zu wollen, das ist einfach und in der Methode sehr schlecht. Macht auszuüben, die Legitimation hierzu findet sich ausschließlich darin, daß zur gleichen Zeit und in gleicher Weise Verantwortung getragen wird. Das eine muß mit dem anderen verbunden werden. Verantwortung zu tragen, hierzu scheinen Sie aber nicht bereit zu sein. Ja Sie haben nicht einmal den Mut, mit Ihrem Namen oder Ihrer Unterschrift auf diesem Flugblatt verantwortlich zu zeichnen.

SCHMITZ Willi

Herr Bürgermeister zur Geschäftsordnung.

Herr Lennerz gestatten Sie mir dies bitte. Ist es eigentlich guter Stil, wenn ein Ratsmitglied, das hier Rederecht hat, sich auseinandersetzt mit Zuschauern, die dies nicht haben.

Vorsitzender

Herr Schmitz, das ist durchaus immer üblich. Das Ratsmitglied ist in seiner Entscheidung und was es zu diesem Thema sagt, doch wohl frei. Ich bin auch der Auffassung, daß der Zusammenhang eindeutig ist, weil hier das Abstimmungsverhalten eines Ratsmitgliedes in einer Weise angegangen worden ist, die ich persönlich als demokratisch außerordentlich bedenklich ansehen muß. Herr Lennerz, fahren Sie bitte fort.

LENNERZ Max

Zurück zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Ich toleriere die anderslautende Auffassung meines Gegners, das ist für mich selbstverständlich, ich habe diese Haltung tag-täglich zu praktizieren. Ich habe in der kurzen Zeit meiner Zugehörigkeit in diesem Rat in vielen Gesprächen stets mit Respekt darüber gesprochen, wie der Fraktionsvorsitzende der SPD, Sie, Herr Schmitz, Ihre Anträge stellen und begründen. Nur, ich erwarte die gleiche Toleranz umgekehrt auch für mich und Ihre Unterstützung dabei.

Ich sage deshalb abschließend. So wie Sie, meine Herren von der SPD und der FDP, mit diesem Antrag letztlich nicht nur ein Wahlversprechen einlösen, vielmehr meinen, auch zum Wohle der Bürger zu handeln, so nehme ich für mich, wenn auch aus einer anderen Sicht der Dinge, in Anspruch, mit meinem Nein ebenfalls nicht nur zu meinem Wohle, vielmehr das meiner Mitbürger und der nachfolgenden Generation zu handeln. Unterstellen Sie mir bitte nicht, daß es mir einerlei ist, in welcher Gemeinde ich in den nächsten 30 Jahren, so Gott will, oder meine Kinder wohnen werden.

Wer heute hier richtig votiert, das allein wird die Zukunft erweisen, wobei ich mir anzumerken erlaube, ich hoffe sehr, daß unsere Bürger in Bous mit diesem Antrag nicht einer weiteren Enttäuschung zugeführt werden; ich hätte sie hiervoor gerne bewahrt.

SCHMITT Leo-Stefan

Herr Lennerz, können Sie sich an die letzte Gemeinderatssitzung erinnern, in der ich Herrn Lessel von der Saarbrücker Zeitung aufgefordert habe, auch über unangenehme Dinge innerhalb der CDU zu berichten. Mir wurde aus Kreisen der CDU vorgeworfen, daß man so was nicht sagt, da er sich nicht wehren kann.

LENNERZ Max

Ich weiß nicht, was Sie jetzt ansprechen.

Alfred Groß (CDU)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wir beraten über den Antrag der SPD-Fraktion, der da heißt:

' Neugliederung der Gemeinde Schwalbach mit dem Ziel der Neuschaffung einer eigenständigen Gemeinde Bous '.

Wie mein Kollege Lennerz fühle auch ich mich verpflichtet, zu diesem Tagesordnungspunkt, zumal auch ich in diesem - ich weiß nicht wie ich dieses Blatt bezeichnen soll - persönlich angesprochen wurde, Stellung zu beziehen.

Ich bin, wie Sie wissen, Bouser Bürger, nicht etwa "zugezogener Bouser", sondern einer Familie angehörend, die gar nicht mehr weiß, solange ist es schon her, wann ihre Ahnen nach Bous gekommen sind.

Wenn ich dennoch in dieser Frage oder zu dem gestellten Antrag der SPD eine andere Auffassung vertrete wie meine Kollegen auf der anderen Seite, so will ich dies aus sachlichen Gesichtspunkten, leidenschaftslos, jedoch verantwortungsbewußt begründen:

1. Ich denke nicht nur an heute, nicht nur an die unmittelbare Gegenwart. Mein Blick richtet sich auch nach vorne, richtet sich auch in die Zukunft. Sie dürfen mir unterstellen, daß mir sehr daran gelegen ist, zu wissen, in welcher Gemeinde meine Kinder morgen wohnen werden, wo sie morgen Arbeit finden werden.
2. Wir haben in sehr vielen arbeitsreichen Sitzungen einen ausgewogenen Flächennutzungsplan für die Großgemeinde erarbeitet, der die Voraussetzung zur Schaffung neuer Wohn- und Gewerbegebiete bildet. Eine Gemeinde Bous müßte sich sofort anstellen und einen eigenen Flächennutzungsplan erstellen mit der Folge, daß zunächst einmal eine neue Bebauungerschließung gestoppt wird. Dies wäre zur Zeit vielleicht ohne Bedeutung. Für mich stellt sich aber eine viel wichtigere Frage. Wird die Gemeinde Bous bei einem eigenen Flächennutzungsplan überhaupt noch Baugelände ausweisen können? Gemessen bei ihrer Baudichte müßte sie zunächst einmal ausreichende Flächen zur Erholung, für die Landwirtschaft usw. bereitstellen.
3. Was wird mit unserem Gewerbegebiet, das bereits heute teilweise auf altem Schwalbacher Gewinn liegt?
4. Was ist mit unserer Wassergewinnung, mit unserer Abwasserbeseitigung? Denken wir nur an eine kostspielige Kläranlage. Sollen wir für alles kostenaufwendige Zweckverbände bilden, um dann doch zu einem überörtlichen Gremium zu gelangen?

Paßt es noch in unsere Zeit, daß wir auf der einen Seite auf allen Gebieten nach größeren Lebensbereichen suchen, nicht nur in der Industrie und Wirtschaft, bei Ärzten, Anwälten und mittelständigen Betrieben? Selbst die Kirche bildet im Zeichen der Zeit größere Verbände. Ähnliches ist im Vereinsleben zu erkennen. Es wirkt beinahe anachronistisch, daß wir auf der einen Seite Europa wählen, aber vor unserer eigenen Haustür allen Erkenntnissen zum Trotz zurückgehen.

Meine Damen und Herren, machen wir uns doch nichts vor. Die Betroffenheit der Bürger von Bous liegt doch nur darin, daß die Gemeinde nicht ihren Namen trägt. Weil die Bürgervereinigung um diesen Willen weiß, vermeidet sie jede argumentative Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen dieser Großgemeinde.

Ich wage sogar zu sagen, wenn die Bürgervereinigung ausgewogen über diese Risiken informiert hätte, und den Versuch einer Aufklärung unternommen hätte, statt mit Emotionen eine wage Hoffnung zu erzeugen, sähe die Sache ganz anders aus.

Es kann doch nicht wahr sein und für gut geheißen werden, daß wir Flüchtlinge aufnehmen und mit ihnen gemeinsam Weihnachtsfeiern veranstalten - was ich als Akt der Menschlichkeit sehr begrüße - auf der anderen Seite vergleichbare Veranstaltungen torpedieren unter dem Motto:

Das sind Groß-Schwalbacher, wir Bouser dürfen und werden eine gemeinsame Kneipp- oder Sängerveranstaltung, um nur 2 zu nennen, nicht mittragen.

Das ist die Frucht der Saat von einigen wenigen Herren, denen man von ihrer beruflichen Stellung her eine Verantwortung glaubt zutrauen zu können.

Ich darf zusammenfassend sagen: der Gebietszuschnitt dieser Gemeinde ist gut. Ich bin auf diese Gemeinde vereidigt, d.h. ich habe mich verpflichtet, meine Arbeitskraft zu ihrem Nutzen und zum Wohl ihrer Bürger einzusetzen. Ich werde weiterhin bemüht bleiben, dieser meiner Verpflichtung gerecht zu werden und bin deshalb nicht gewillt, an der Zerstörung dieser Gemeinde mitzuhelfen.

Ich werde dem Antrag meine Zustimmung nicht geben.

Michael-Marius Hocke (FDP)

Herr Vorstizender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Stellung nehmen als Mitglied der FDP-Fraktion und eigentlich als Bouser Bürger, aber nachdem heute neue Gesichtspunkte auftauchten, werde ich als Griesborner für Bous sprechen.

Heute Abend wird über eine Sache beraten, die für die Zukunft der Gemeinde Schwalbach und des Ortes Bous von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Tatsache, daß so viele Bürger den Weg in diese Sitzung gefunden haben, unterstreicht die Resonanz, die die Frage einer Lostrennung von Bous in der Bevölkerung gefunden hat. Dieser Umstand wird von uns sehr begrüßt. Denn heute abend wird sich in aller Öffentlichkeit zeigen, wie sich die Parteien dem erklärten Willen des Bürgers unterordnen. Daher möchte ich nochmals unterstreichen, daß die FDP für offene namentliche Abstimmung ist.

Zur Sache, dem, wie ich meine schlechten Vorbild anderer Bundesländer folgend, entschloß sich die in unserem Land damals mit absoluter Mehrheit regierende CDU zur Durchführung einer Kommunalen Gebiets- und Verwaltungsreform. Bei der Beratung des Neugliederungsgesetzes im Landtag wurde sehr kontrovers diskutiert und verschiedene Modelle vorgestellt. Festzustellen ist, daß die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit ihr Modell durchsetzen konnte und dafür auch die alleinige Verantwortung trägt.

Es würde dieser Partei bestimmt gut anstehen, wenn sie sich zu dieser Verantwortung stellen würde und sich für die Korrektur von Fehlern bei der Schaffung des hochgejubelten "Jahrhundertwerkes" verwenden würde. Leider zeigt sich die CDU überall im Lande, wo die Frage Gebietsreform diskutiert wird, uneinsichtig. Man kann den CDU-Politikern nur empfehlen, einmal ins christlich-soziale Bayern zu schauen, wo eine Gebietsreform in hunderten von Fällen wieder korrigiert worden ist. Dort wurde das anscheinend nicht als Anachronismus angesehen.

An sich war der Gedanke, eine Gebiets- und Verwaltungsreform durchzuführen ein löbliches Vorhaben. Besonders, wenn damit beabsichtigt war, Verwaltungseinheiten einer solchen Größenordnung zu schaffen, daß

- die Möglichkeiten der Raumordnungsplanung verbessert werden,
- eine gerechtere Verteilung der Finanzmassen zwischen ärmeren und reicheren Gemeinden erreicht wird.

Wie so oft, so macht auch hier der Ton die Musik. Die objektiv als richtig und positiv zu bewertenden Kriterien wurden bei der Konkretisierung des Vorhabens vernachlässigt. Die Parteistrategen der CDU hatten nämlich erkannt, daß durch einen entsprechenden Zuschnitt der neu zu schaffenden Verwaltungseinheiten eine Erweiterung der Machtbasis in den Gemeindeparlamenten zu erreichen war. So ignorierte man im Beispiel Bous die historisch gewachsene Bedeutung des Ortes. Der in einer Abstimmung 1973 mit etwa 90 %iger Mehrheit gefaßte Wunsch der Bouser Bevölkerung nicht in eine Großgemeinde Schwalbach integriert zu werden, wurde ebenfalls übergangen. Den Elmern verweigerte die CDU-Mehrheit im damaligen Gemeinderat Elm sogar eine solche Abstimmung, weil man damals einen nicht genehmen Ausgang befürchten mußte. Deutlicher konnte die CDU nicht zeigen, daß ihr an einer Erfragung und Respektierung des Bürgerwillens nur dann gelegen ist, wenn dies in ihr parteipolitisches Konzept paßt.

Zurück zu Bous:

Der Ortsteil Bous wurde gezwungen, seine Identität preiszugeben, obwohl sein Ausstattungsgrad, seine verkehrsgeographische Lage, seine wirtschaftliche Bedeutung weit größer war, als das für Schwalbach der Fall war. Schwalbach konnte allenfalls eine größere Bevölkerungszahl aufweisen, wobei man allerdings von Schwalbach und Griesborn reden muß.

Alle Fakten, die für eine Einheitsgemeinde Wadgassen sprachen, ebenso für Rehlingen, galten auch für Bous. Sogar das Verfassungsgericht des Saarlandes wird andauernd falsch zitiert, bzw. seine Entscheidung bezüglich Gebietsreform falsch interpretiert. Das Gericht hat nämlich lediglich festgestellt, daß das Verfahren als solches rechtmäßig durchgeführt wurde. Was die Konkretisierung angeht, konnte das Gericht keine Stellung beziehen, da dies eine politische Entscheidung war. Da der Bürgermeister diesen Punkt ansprach, ist zu ergänzen, daß eine Gemeinde Bous-Elm (2er Lösung) durchaus auch vom Gesetzgeber vertretbar gewesen ist.

Nun gut, Schwalbach war geschaffen. In Bous rührte sich in den ersten Jahren nach dem 1. Januar 1974 nicht viel. Die CDU herrschte mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat von Schwalbach.

Wie entwickelte sich nun die so hoch gelobte Gemeinde in dieser Ära? Wurden die hehren Ziele der Gebietsreformer auch nur zum Teil erreicht?

Erster, wenn auch mehr emotionaler Punkt:

Der Identitätsverlust der Bouser wurde extrem weit getrieben. Alles, was die Gemeinde nach außen repräsentiert, wurde auf Schwalbach abgestimmt, so der Verwaltungssitz, das übergeordnete Postamt, die Postleitzahl, die Orts- und Hinweisschilder.

Zweitens, was brachte die Verwaltungsreform?

Die Bürger in allen Ortsteilen wurden mit einer Bürgerferne der Verwaltung konfrontiert und müssen dafür auch noch mehr Geld für diese Verwaltung ausgeben. Natürlich sind auch die Aufgaben der Gemeinden gewachsen, aber viele Höhergruppierungen in den Stellenplänen wurden erst durch Schaffung einer riesigen Gemeinde mit 36.000 Einwohnern möglich. Eine Verteilung der Ämter auf verschiedene Ortsteile kann wohl auch nicht als Errungenschaft gefeiert werden, wurde doch nur deshalb die Einrichtung einer teuren Buslinie notwendig, die im Bevölkerungsmund liebevoll "Geisterbus" genannt wird.

Drittens, Finanzausgleich:

Hiervon haben unbestreitbar die Ortsteile Hülzweiler und Elm gut profitiert. Woraus aber gerade im Falle Elm nicht geschlossen werden kann, daß sich Elm in einer Einheitsgemeinde mit Bous anders entwickelt hätte. Ganz im Gegenteil, da Bous 1974 schon ein voll ausgestatteter Ort war, hätte man die gleichen Objekte in Elm finanzieren können, ohne die Gemeinde so sehr zu verschulden, wie dies jetzt der Fall ist.

Das führt zu viertens, Integration.

Ein Zusammenwachsen der fünf Ortsteile scheint auf lange Sicht nicht möglich. Dafür sind in allen Ortsteilen die Eigeninteressen zu groß. Dementsprechend sah auch die Gefälligkeitspolitik der CDU in den letzten Jahren aus. Bous durfte als Zahler erhalten (Nettozahler), damit nach Möglichkeit über jedem Ortsteil das Füllhorn ausgeschüttet werden konnte. Man muß die CDU zum Beispiel fragen, weshalb man nicht für das neue Sportzentrum Hülzweiler und die geplante Sporthalle Schwalbach einen gemeinsamen Standort zwischen Hülzweiler und Schwalbach finden konnte, damit beide Ortsteile besser von den Objekten Gebrauch machen könnten? Eine zentrale Zusammenfassung der kommunalen Einrichtungen ist ebenfalls langfristig illusorisch, da von der Gemeinde Schwalbach die dafür notwendigen Mittel nicht aufgebracht werden können. Die Gemeinde Schwalbach ist halt nicht vergleichbar

mit einer Stadt wie Saarlouis, die ja nicht viel mehr Einwohner hat, dafür aber ganz andere Einnahmen hat und über einen entwickelten städtischen Kern verfügt. Allein die Tatsache, daß sich der Bürgerwille gegen Schwalbach in Bous so lautstark manifestiert, das wird noch von den vielen Bouser Bürgern unterstrichen, die heute abend hier anwesend sind, zeigt, daß von einer Integration von Bous nicht die Rede sein kann.

Die FDP kommt zu dem Schluß, daß die angeschnittenen Fragen nur durch eine Ausgliederung von Bous aus der Gemeinde Schwalbach zu lösen sind. Die Art, wie in Schwalbach von 1974 bis 1979 mit einer absoluten Mehrheit der CDU Politik gemacht wurde, läßt zum jetzigen Zeitpunkt keine andere Lösung mehr zu. Die CDU wird sich unserer Bewertung der Situation sicher nicht anschließen wollen, obwohl sie es könnte. Unbeirrbar versucht sie unter Ausschöpfung aller Mittel ein Ausscheiden von Bous zu verhindern, weil das natürlich als Beweis für eine falsche Politik angesehen wird.

So hat es die CDU verstanden, die Abstimmung in Elm vor die Beratung und Beschlußfassung über eine Austrennung von Bous zu setzen. Die Abstimmung in Elm hätte sonst gewiß ein anderes Ergebnis gezeigt. Leider haben die Elmer, wie ich meine, sich Sand in die Augen streuen lassen. Eine Gemeinde Bous-Elm, die eine sehr gute Lebensgrundlage besessen hätte, ist somit verhindert worden. Das Ergebnis der Elmer Bürgerbefragung wird von uns akzeptiert.

Deshalb ist das Interesse an einer Lostrennung von Bous aber keinesfalls gesunken, wie es die CDU vielleicht erhofft hatte. Da die CDU dies anscheinend auch erkannt hat, bringt sie jetzt andere Dinge ins Spiel, um die Abtrennung zu verhindern: So wird davon gesprochen, daß Teile von Bous ja eigentlich Griesborner Bann seien, ohne zu erwähnen, daß 1937 im gleichen Zug Gebiet an Völklingen (Bouser Höhe) und Püttlingen von Bous abgegeben werden mußte. Da wird auch in der Presse eifrig die Vision eines Anschlusses an Völklingen oder Wadgassen genährt, so nach dem Motto, wehe ihr Bouser, wenn ihr ausgetrennt seid, dann wird's euch schlechter ergeben als in der Gemeinde Schwalbach.

Wir von der FDP sind durch solche Manöver nicht zu beeinflussen, wir werden sogar in unserer Überzeugung noch bestärkt, denn solch wenig qualifizierte Äußerungen sind nur als Zeichen von Schwäche zu werten. Nach unserer Meinung hat Bous auch ohne Zusammenschluß mit Elm gute Entwicklungschancen. So wird die Gemeinde über ausreichende Mittel verfügen, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Das gilt auch, wenn das Gewerbesteueraufkommen merklich zurückgehen sollte, da über den Anteil der Gemeinde an der Einkommensteuer genügend Mittel in die Gemeindekasse fließen werden.

Unsere Meinung findet sich weiterhin belegt im Flächennutzungsplan der Gemeinde Schwalbach, aus dem ich einige Sätze zitieren möchte: "In den Gemeindeteilen Bous und Ensdorf ist eine auch überörtliche Arbeitsplatzanbieterfunktion hinausgehende nennenswerte Industrie vorhanden."

"Schwerpunktfunktion für Bous: Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, Wohnen (also alles bis auf Landwirtschaft)".

"Bous ist im Raumordnungsteilplan "Zentrale Orte" als Selbstversorgungsort mit fast vollständigem unterem Ausstattungsgrad ausgewiesen".

Wie gut Bous bereits ausgestattet ist, selbst unter Berücksichtigung, daß es sich um Daten von 1977 handelt, belegen die folgenden Angaben:

Bous besitzt 3 von 9 Zahnärzten der Gemeinde, Bous verfügt über 2 von 3 Fachärzten der Gemeinde, Bous verfügt über ein eigenes Rathaus, das genügend Platz für eine kleinere Verwaltung besitzt, und so weiter und so weiter.

Ich möchte Sie, liebe Zuhörer, nicht zu sehr langweilen, denn all dies ist ja hinlänglich bekannt, nur ist man sich der guten Ausstattung nicht immer bewußt.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, nämlich die Anzahl der vorhandenen Baustellen in Bous, weil man den Elmern weißmachen wollte, die Bouser wären nur am Landerwerb interessiert. Laut FNP sind in Bous noch 388 Baustellen ausgewiesen. Leider hat es die Großgemeinde Schwalbach versäumt, die geplanten Erschließungen "Faultrischen", "Pfuhrfelder 2. BA" und "Links der Höhenstraße" voranzutreiben, so daß in den letzten Jahren in Bous keine neuen Flächen erschlossen wurden.

Fazit: Eine Gemeinde Bous hat beste Voraussetzungen allein bestehen zu können.

Ich möchte gerade die CDU-Gemeinderatsmitglieder aus Bous auffordern, sich dem Votum für Bous anzuschließen. Je klarer die Entscheidung heute abend für Bous ausgeht, desto größer ist die Verpflichtung für den Gesetzgeber, unserem berechtigten Begehren nachzugeben.

Noch ein Wort in aller Öffentlichkeit zur FDP-Fraktion. In letzter Zeit wurden wir des öfteren als uneinig und zerstritten hingestellt. Dem ist in keinster Weise so. Wir erinnern uns noch sehr gut an im Wahlkampf gemachte Versprechen. Daß wir diesen Versprechungen nachkommen werden, war nie in Zweifel gestellt. Das haben wir so gehalten, als wir die Senkung der Gewerbe- und Grundsteuern beantragten und mit beschlossen, das halten wir auch heute so in der Frage der Austrennung von Bous. Gerade wir gehen dabei das Risiko ein, daß wir unter der Austrennung von Bous am schmerzlichsten leiden werden, weil die für unsere verhältnismäßig kleine Partei starke Stellung in diesem Gemeinderat von uns auf's Spiel gesetzt wird. Aber wir sind bereit, darauf zu verzichten, um dem Bürgerwillen nachzukommen.

Ich möchte nochmals sagen und auch beantragen, das hat mein Kollege Langenfeld nicht ganz ausgeführt, wir sind für eine namentliche Abstimmung.

RUPP Bernd (CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister, mir kommen fast die Tränen, wegen der Großmütigkeit und der völligen Uneigennützigkeit sowohl der FDP als auch der SPD, die vollkommen uneigennützig, ohne parteipolitisches Kalkül Bous zu Bous machen wollen und die Großgemeinde aufgeben wollen.

Meine Damen und Herren, das Märchen vom Wolf, der nicht beißt, glaubt doch keiner mehr. Diese heutige Veranstaltung steht durchaus in einem parteipolitischen System und in einer parteipolitischen Strategie; ich will es beweisen.

Nicht umsonst kommen die beiden Anträge auf Auflösung einer bestehenden Gemeinde aus dem Bereich, in dem der Saarl. Innenminister auch als Kreisvorsitzender einer Partei zuständig ist. Nicht umsonst wird der parteipolitische Angriff gerade in der Gemeinde besonders massiv geführt, in dem Herr Wilhelm als Bürger wohnt. Sie wollen doch nicht einem politisch Mündigen in diesem Land und in dieser Gemeinde klar machen, daß dahinter keine Strategie steht, nämlich die Strategie, vor der Landtagswahl möglichst dieses Problem am Koppel zu halten und in der Landtagswahl aus verschiedensten Gründen, insbesondere aus sachpolitischen Gründen, diese Entscheidung, die Sie heute treffen, gar nicht ernstlich realisieren zu können. Ich werde darauf noch später eingehen.

Ich habe manchmal das Gefühl, als ob man hier über eine Gemeinde spricht, von der man gar nicht weiß, wie es um sie aussieht. Da wurde davon gesprochen, daß die Bouser Bürger einen Identitätsverlust hätten. Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, daß offensichtlich die Bouser Bürger, und das beweist ja eine Bürgerinitiative, geradezu über ein ausgeprägtes Identitätsbewußtsein verfügen und niemand in dieser Gemeinde denkt daran, sowohl den Bousern, oder den Hülzweilern, den Ensdorfern oder den Schwalbachern oder den Elmern diese Identität zu nehmen. Und jetzt komme ich auf das andere. Sie stellen einen Zusammenhang her, zwischen Investitionen in den einzelnen Ortsbezirken, preisen das an, als sei das ein Gefälligkeitsdenken. Meine Damen und Herren, gerade die richtige, die vollständige, die gute Ausstattung der einzelnen Ortsteile, dient der Identität der Bürger, und das wollen wir als CDU. Wir wollen keinen Einheitsbrei haben, sondern wir wollen die Selbständigkeit dieser einzelnen Gemeinde erhalten und ich bitte Sie, das nicht falsch zu verstehen. Es geht darum, jedem Bürger in dieser Gemeinde die gleiche Möglichkeit zu geben.

SCHMITT Leo Stefan -Zwischenfrage-

Herr Rupp, wäre es Ihnen vielleicht noch möglich zu sagen, wie sie die gleiche Ausstattung, und ich erinnere hier an den Mercedes und an den 2 CV von Herrn Heffinger, auf lange Sicht bezahlen wollen.

RUPP Bernd

Derjenige, der sich einen Mercedes kauft, Herr Schmitt, muß in der Regel wissen, wie er ihn finanzieren kann und der sich einen 2 CV kauft, hat offensichtlich zunächst weniger Geld. Das ist die Grundausgangsbasis. Aber, damit ist ja demjenigen, der den 2 CV hat, nicht verwehrt, durch entsprechendes Sparen durchaus auch mal zu einem Mercedes zu kommen, das wollen Sie ja nicht abstreiten.

2. Punkt - Bürgerferne:

Meine Damen und Herren, dieses Sprichwort von der Bürgerferne wird immer wieder gern gebraucht, weil es eines ist, mit dem man vieles sagen kann und es nicht genau sagen zu müssen. Bürgerferne hieße, daß kein Bürger in seinem Gemeindebezirk die Anliegen, die er als Bürger hat, erfüllt haben kann und das ist nicht der Fall. Wir haben in jedem Gemeindebezirk eine Beratungsstelle und in dieser Beratungsstelle bekommt der Bürger alle Anliegen, die er hat, auch erfüllt.

3. Problem - Geisterbus:

Meine Damen und Herren, fragen Sie doch mal die vielen, die mit dem Bus fahren, ob sie nicht froh damit sind. Daß man von Bous aus nicht fahren wird, ist ja logisch. Sie wohnen ja an der B 51, sie wohnen am Bahnhof, aber der Bus darf doch hoffentlich noch durch Bous fahren. Er hat ja eine Bedeutung, die ja über den einzelnen Ortsteil hinausgeht. Und deswegen kann man keineswegs nur vom Geisterbus sprechen. Es gibt ja SPD-Ratskollegen, die das Wort gar nicht mehr gebrauchen.

Dann der Begriff der Integration. Ich möchte hier ganz klar sagen, Integration heißt, daß man im Rahmen dessen, was man gemeinsam lösen kann und gemeinsam lösen muß, zusammenarbeiten soll. Ich nenne Beispiele: Wir sind eine der ersten Gemeinden, die einen FNP haben und eine Auflösung dieser Gemeinde würde uns in dieser Planung um Jahre zurückwerfen, zum Nachteil aller, auch der Bouser Bürger.

2. Wir haben als Gemeinde eine Verkehrsplanung vor, die wohl noch nicht beschlossen ist, aber auch hier, meine Damen und Herren, müssen Sie doch sehen, daß es da bestimmte gemeinsame Interessen gibt, die auch gesehen werden müssen. Ich würde also meinen, wir sollten hier diese Schlagworte nicht mißbrauchen.

Lassen Sie mich auch zu dem Problem Elm etwas sagen. Sehen Sie, für die Bürger in Elm gab es eine eindeutig politisch erkennbare Alternative, nämlich die, zusammen mit Bous eine neue Gemeinde zu bilden.

Meine Damen und Herren, es ist doch nun ein Faktum und so dumm sind die Herren der Bürgervereinigung nicht, ich halte sie für so intelligent, daß sie also sagen, wir allein werden es schwerlich fertigbringen, bei der bestehenden Gesetzeslage noch einmal eine selbständige Gemeinde zu kriegen. Das vom Landtag beschlossene Gesetz sieht eine Einwohnerzahl von 15.000 Einwohnern in Ballungszentren vor. Die SPD hatte ja noch größere Einheiten gefordert mit mindestens 20.000 Einwohnern. Und daher dieser Griff nach Elm.

Die Elmer haben doch nicht nach Bous die Flugblätter getragen, sondern die Bürgervereinigung nach Elm. Und diesem Ansinnen hat Elm ein eindeutiges Nein entgegengestellt und ein Ja für die Gemeinde Schwalbach. Das muß man doch einmal sehen. Und nun, worin besteht der Unterschied zwischen dem Bürgerwillen in Elm und dem Bürgerwillen in Bous. Für die Bouser Bürger ist zur Zeit eine echte politisch durchsetzbare Alternative nicht erkennbar. Ich will es begründen. Nach der jetzigen Gesetzeslage, meine Damen und Herren, kann es mit 8.000 Einwohnern keine selbständige Gemeinde geben.

Das zweite was zu sagen ist. Mit 15.000 Einwohnern könnte es eine selbständige Gemeinde geben. Mit Elm geht es also nicht, jetzt geht's wahrscheinlich nach Ens Dorf usw. Verstehen Sie, es ist doch so, daß die selbständige Gemeinde Bous politisch zunächst keine Alternative ist. Wenn nun die Gesetzeslage anders wäre, wenn nun das Gesetz geändert würde, dann erst kann ich doch im Prinzip den Bürgern eine politisch mögliche Alternative anbieten. Wenn es nun die Gesetzeslage hergäbe, dann könnte man fragen, wollt ihr allein gehen, und wenn das die Gesetzeslage zuläßt, würde das doch auch mit Sicherheit so abgestimmt werden, da bin ich absolut sicher. Aber denken Sie

einmal, daß diese Gesetzeslage nicht eintritt, dann gibt es eben die 3 Alternativen. Dann gibt es eben die 3, eben von Herrn Becker erwähnten politischen Alternativen, über das jetzige emotional bedingte hinaus. Das muß man aus der Verantwortung heraus sehen.

Ich bin von den Ausführungen, die meine Kollegen Groß und Lennerz hier gemacht haben, wirklich beeindruckt. Aus der Verantwortung im Rahmen der politischen Gegebenheiten, meine Damen und Herren, muß man diese Frage der Loslösung von Bous auch beurteilen und ich glaube derjenige, der diese Situation nicht beachtet, würde also mit Sicherheit hier einen Schaden der Gemeinde zufügen.

Die Frage des Gutachtens des Verfassungsgerichts, Herr Hocke, da stimme ich also mit Ihnen nicht überein. Das Verfassungsgericht hat einmal die Frage des Verfahrens überprüft aber gleichzeitig in seiner Begründung, wie der Bürgermeister es vorgetragen hat, eine eindeutige Aussage zur Gesetzeslage geschaffen und ausdrücklich anerkannt, daß die Gesetzeslage durchaus in Ordnung ist und damit auch politisch so durchsetzbar war.

Die Integrationsversuche, meine Damen und Herren, die die Großgemeinde, so darf ich es jetzt mal sagen, gestartet hat, würde ich persönlich hier noch einmal gerne darstellen.

Ich bin also in einem kulturellen Bereich tätig und ich muß sagen, daß beispielsweise die Kulturtage der Gemeinde Schwalbach innerhalb der kulturell tätigen Vereine eine außerordentlich gute Wirkung hatten. Ich werde nachher noch auf ein besonderes Problem zurückkommen. Das gleiche kann ich Ihnen sagen, nachdem ich gestern abend die Veranstaltung zur Sportlehre besucht habe. Meine Damen und Herren, die dort Anwesenden waren froh, gemeinsam von ihren Interessen her einmal zusammen zu sein und haben das auch so empfunden. Ich erinnere an die Woche der Jugend, ich erinnere an die Ausstellungen, das waren doch Impulse, meine Damen und Herren, die weit über den Ortsteil Schwalbach oder Hülzweiler hinausgingen und doch wirklich integrativen Charakter haben. Und nun muß ich zu meinem persönlichen Bedauern feststellen, daß beispielsweise ein Bouser Gesang-Verein die Mitarbeit an diesen Kulturtagen abgesagt hat. Ich persönlich bin Chorleiter eines Vereins und habe immer einen guten Kontakt gehabt. Nachdem ich in einer schwierigen Situation dem Bouser Verein zur Seite getreten bin und ich dirigiert habe, wurde mir dann in der vorhergegangenen Gemeinderatssitzung das zum Vorwurf gemacht. Dies tut mir als jemand der für kulturelle Dinge etwas übrig hat, sehr weh. Das darf ich hier in aller Ernsthaftigkeit sagen. Glauben Sie mir, es gab gute Kontakte und es wird auch gute Kontakte geben, aber viele bestehenden Verbindungen wurden erschwert. Das bedeutet, daß die Verantwortung an die geht, die solches gemacht haben. Ich kann Ihnen Beispiele nennen, wo heute Kontakte zwischen Schwalbacher, Ensdorfer und Hülzweiler Gesangsvereinen viel besser, "integrativer" laufen, als das früher der Fall war; das kommt nicht von ungefähr. Man muß natürlich auch solche Initiativen innerlich und persönlich mitvollziehen und bereit sein, sie mitvollziehen wollen. Das ist natürlich etwas wichtiges und ich weiß, daß das manchem schwer fällt, ich erinnere aber an die Verantwortung derjenigen, die solch gute Ansätze eben leider Gottes verhindert haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß auch zu einer politischen Bewertung noch kommen.

Es gab eine Kommunalwahl und bei dieser Kommunalwahl haben wir als CDU die absolute Mehrheit verloren. Das ist der Bürgerwille und dieser Bürgerwille hat eben gesprochen. Aber Herr Schmitt, in dieser pauschalen Form uns Vorwürfe zu machen, wir hätten absolute Mehrheiten mißbraucht, das kann nicht so im Raum stehen bleiben. Sie wissen, daß der überwiegende Teil der Beschlüsse, die gefaßt wurden, einstimmige Beschlüsse waren. Sie wissen zum anderen auch, daß beispielsweise bei den Haushaltsberatungen Sie Planungen, die wir vorgelegt haben nicht abgelehnt haben. Das ist ja auch Ihr gutes Recht, warum soll man als Opposition Anträge, die eben wirksam sind, ablehnen.

Sie haben die Dramatik Ihrer Fraktionsentscheidungen hier dargestellt. Eine solche Dramatik und eine solch schwerwiegende Entscheidung gibt es auch in der CDU-Fraktion.

Ich muß Ihnen sagen, als ich gestern abend dieses Flugblatt gelesen habe, in dem auf das Abstimmungsverhalten von zwei CDU-Kollegen hier hingewiesen wurde, dann tat mir das sehr, sehr weh. Wissen Sie, wenn man als Lehrer tätig ist und politische Bildung Schülern vermitteln soll, dann tut das einem noch mehr weh, wie also in einem Flugblatt Menschen unter einen gewissen Druck gestellt werden sollen. Alle Hochachtung vor denen, die heute ihre persönliche Meinung hier so klar und überzeugend vorgetragen haben.

Ich appelliere auch an ein zweites. Alle hier im Rat anwesenden haben auf die Gemeinde einen Eid abgelehnt. Sie haben gesagt, ich will für diese Gemeinde tätig sein. Ich erinnere an die Verantwortung die wir damals alle übernommen haben, daß wir für diese Gemeinde das Gute wollen. Meine persönliche Auffassung ist, daß die Entscheidung, Bous loszulösen, eine Entscheidung ist, die der Gesamtgemeinde und allen Bürgern, die in dieser Gemeinde wohnen, nicht zugute kommt. Ich bitte darum diejenigen, die sich also schon für die andere Richtung entschieden haben, noch einmal dies zu überlegen. Es geht eigentlich um das Ganze, die ganze Gemeinde und man sollte Probleme, die es gibt und die es gab, wer wäre ohne Fehler, diese Probleme bereinigen. Ich bin der Meinung, wenn an einem Körper ein Körperteil krank ist, dann soll man versuchen ihn gesund zu machen, aber man soll ihn nicht von vorneherein abschneiden.

SCHMITT Leo-Stefan

Herr Rupp, ich gebe Ihnen vollkommen Recht, wenn man über Flugblätter derart diskutiert, daß dort auch bei der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner das Menschliche immer im Vordergrund stehen sollte. Daher meine Frage an Sie: Kennen Sie das Flugblatt des Ortsvereins Elm in dem dem SPD-Ratsmitglied Schlemmer vorgeworfen wurde, er habe in Elm bewußt Baumaßnahmen verzögert.

RUPP Bernd

Herr Schmitt, ich spreche jetzt nicht zu diesem Thema, es steht doch Herrn Schlemmer frei, solche Vorwürfe durch Fakten zu entkräften.

SCHMITT Leo-Stefan

Herr Rupp, darum geht es im Moment nicht. Nur wer auf der einen Seite mit einem Stein wirft, der darf sich nachher nicht wundern, wenn er einen Stein an den Kopf zurückbekommt.

RUPP Bernd

Sehen Sie, Herr Schmitt, und genau in dem Punkt sehe ich einen wesentlichen Unterschied. Bei der Geschichte von Herrn Schlemmer, die ich jetzt im einzelnen überhaupt nicht überprüfen kann, geht es um ein Sachproblem. Da geht es darum, ob er seine Arbeiten ordnungsgemäß ausgeführt hat. Aber wozu hier im Flugblatt aufgerufen wird, gestatten Sie den Ausdruck, das ich schlichtweg Psychoterror. Meine Damen und Herren, lesen Sie bitte das Flugblatt, ich fordere Sie auf. Da steht darin, Bouser Bürger, beobachten sie das Abstimmungsverhalten zweier CDU-Gemeinderatsmitglieder usw. Überlegen Sie sich das. Ich bin sicher, diese Art Politik wird nicht von allen, auch nicht von allen in Bous geteilt.

SCHMITT Leo-Stefan

Herr Rupp, würden Sie mir bitte noch folgende Frage beantworten. Halten Sie es nicht für weitaus schlimmer, wenn man einen Bauunternehmer in seinem Beruf angreift, ihn in seiner beruflichen Ehre angreift, indem man ihm vorwirft, er habe absichtlich Baumaßnahmen im Ortsteil Elm als Mitglied der Bürgervereinigung, der SPD und des Gemeinderates verzögert?

RUPP Bernd

Herr Schmitt, es gibt dennoch einen Wertunterschied zwischen Problemen im Berufsbereich und Probleme im Gewissensbereich, wo es um eine Entscheidung in einer solch schwerwiegenden Frage geht. Es hat niemand die Elmer Bürger aufgefordert, sich hinzustellen und zu sehen, ob Herr Schlemmer seine Arbeit ordnungsgemäß macht. Aber hier hat man Bürger aufgefordert, zu schauen, ob die beiden im Sinne der Bürgervereinigung votieren und das halte ich für schlimmer und in diesem Zusammenhang Herr Schmitt, gestatten Sie, keine Zwischenfrage mehr.

SCHMITT Leo-Stefan

Nur noch eine Feststellung: Sie haben eine seltsame Moral.

Der Ortsvorsteher des Gemeindebezirks Ens Dorf, Herr Spies, führt zu diesem TOP u.a. aus:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ortsrat Ens Dorf hat gestern getagt. Die SPD-Fraktion hat sich zu dieser Sitzung entschuldigt.

Als Ortsvorsteher habe ich in etwa ausgeführt:

Die territoriale Feingliederung eines Landes ist für die Funktionsfähigkeit des Landes und seiner Körperschaften sowohl für unsere förderative Ordnung schlechthin als auch für die Gemeinden selbst von Bedeutung.

Subsidiarität und Solidarität, Gegenseitigkeit, Ausbalancierung, Minderheitenschutz, Partnerschaft und Gegengewicht, Tradition und Neuorientierung, das alles sind Begriffe, die auf die im Grundgesetz geförderte Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse hinweisen.

In Ausführung des Grundgesetzes hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates am 8.4.1965 das Raumordnungsgesetz beschlossen. In § 2 - Grundsätze der Raumordnung - heißt es in Absatz (1):

"Die räumliche Struktur der Gebiete mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen soll gesichert und weiter entwickelt werden".

Diese Sozialstaats-Klausel war das tragende Element der Neugliederung. Wenn die ungefähre Gleichgewichtigkeit der umliegenden Gemeinden gestört wird, kann das Postulat des Grundgesetzes nicht mehr erfüllt werden. Das politische Eigengewicht dieser Gemeinde geht durch die Herauslösung auch nur eines Gemeindeteils verloren. Dies wäre nach meiner Auffassung ein eklatanter Verstoß zu den Zielen jeder Neugliederung in einem Lande.

Weder eine Dreier- noch eine Zweierlösung garantieren zwischen den Städten Saarlouis und Völklingen eine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, noch verfügen solche Gebilde über die entsprechende Verwaltungskraft, um dem Konkurrenzdruck dieser Städte zu begegnen. Zur optimalen Aufgabenerfüllung in diesem Verflechtungsbereich gehören Größe und Leistungsfähigkeit. Nur wenn die notwendige Einheit von Planungsraum und Verwaltungsraum gegeben ist, kann diese Gemeinde leben und überleben.

Deshalb empfahl ich gestern abend dem Ortsrat, den Antrag der SPD abzulehnen.

Die CDU-Fraktion hat in der Sitzung folgende Erklärung abgegeben:

"Die CDU-Fraktion im Ortsrat Ens Dorf hält den derzeitigen Gebietszuschnitt der Gemeinde Schwalbach hinsichtlich seiner Größe, Lage und Versorgung für gut. Dies gilt auch im Vergleich zu den benachbarten Städten Saarlouis und Völklingen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion wird der jetzige Gebietszuschnitt auch in der Bevölkerung akzeptiert.

Die CDU-Fraktion sieht deshalb keine ausreichende Begründung, die bestehende Großgemeinde aufzulösen oder Teile herauszulösen. Sie ist für den weiteren Bestand der jetzigen Gemeinde, die sich als Planungsraum bewährt hat.

Strittige Fragen, für die bisher noch keine Lösungen gefunden worden sind, können jedoch kein Grund sein, diese Gemeinde zu zerstören.

Die CDU fordert die politischen Parteien auf, sich um ein gegenseitiges Einvernehmen zu bemühen und in Bous eine Befriedigung herbeizuführen, die den Zielen der Neugliederung entspricht, um ausgewogene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse in der gesamten Gemeinde zu sichern und nachhaltig zu fördern. Die CDU-Fraktion lehnt den gestellten Antrag ab."

Die Abstimmung im Ortsrat war einstimmige Ablehnung des Antrages der SPD-Gemeinderatsfraktion.

Hubert Willeke (CDU)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Einige Ausführungen meiner Vorredner können nicht unwidersprochen bleiben. Ich gestehe, daß bisher versucht wurde, die Debatte sachlich zu führen.

Zunächst zu den Ausführungen von Herrn Hocke. Sie behaupten, das Verfassungsgericht des Saarlandes sei falsch zitiert bzw. seine Entscheidung bezüglich der Gebietsreform sei falsch interpretiert worden. Diese Feststellung ist nicht richtig. Ich werde auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes bei meinen Erwiderungen auf die Ausführungen von Herrn L.St. Schmitt noch zurückkommen.

Sie haben bei Ihren Ausführungen die Gewerbesteuer, den Anteil der Einkommensteuer und den Finanzausgleich erwähnt und von der historisch gewachsenen Bedeutung von Bous gesprochen. Dazu kann ich nur folgendes sagen: Die Gewerbesteuer ist eine Ertragssteuer, die nach Maßgabe des Gewerbeertrages und Gewerbekapital berechnet wird. Zu dieser Steuer tragen damit auch die Arbeitnehmer bei, die in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind. Die Gewerbesteuer ist kein Geschenk einzelner Personen. In diesem Zusammenhang will ich auch die Beschäftigten der Röhrenwerke Bous nennen. Von den 1.350 Beschäftigten sind 350 aus dem Gemeindebezirk Bous, 350 aus den 4 anderen Gemeindebezirken und 650 Beschäftigte wohnen außerhalb unserer Gemeinde. Bei Ausführungen über die Gewerbesteuer sollte das nicht vergessen werden.

Die Haupteinnahmequellen der Gemeinden sind der Anteil an der Einkommensteuer, die Schlüsselzuweisungen und die Gewerbesteuer, wobei festgestellt werden muß, daß die beiden ersten die Gewerbesteuer übersteigen. Die Umlagen, die unsere Gemeinde zahlen muß, d.h. die Finanzausgleichs-, Gewerbesteuer- und Kreisumlage waren zum Teil in den letzten Jahren, höher wie die Gewerbesteuer-Einnahme. Auch dies sollte bei Ausführungen über Finanzangelegenheiten erwähnt werden.

Was Sie, Herr Hocke, über den Flächennutzungsplan ausgeführt haben, kann nur damit entschuldigt werden, daß Sie bei den Beratungen über den Flächennutzungsplan noch nicht im Gemeinderat waren. Ich möchte nur Ihren Vorgänger im Gemeinderat, Herrn Berger, er ist ja hier anwesend, zitieren. Er führte bei der Beschlußfassung über den Entwurf des Flächennutzungsplanes sinngemäß folgendes aus: Er sei der Überzeugung, daß dieser Flächennutzungsplan absolut nicht den Vorstellungen der Bouser zuwiderläuft, sowohl was die Frage der Wohnbebauung, wie auch der Gewerbegebiete angeht. Dieses hörte sich doch anders an, als bei Ihnen. Sie haben bei Ihren Ausführungen von "wenig qualifizierten Äußerungen" der Kollegen meiner Fraktion gesprochen und bei einem Zwischenruf eines Kollegen die Bemerkung "das spricht für Ihre Qualität" gemacht. Diese Beurteilung und Aussage steht Ihnen bestimmt nicht zu.

Nun einige Anmerkungen zu den Ausführungen von Herrn L.St. Schmitt. Sie, Herr Schmitt, sprachen die Entwicklung der Gebiets- und Verwaltungsreform an und redeten von dem ersten, zweiten, dritten und vierten Streich. Sie zitierten Zeitungsausschnitte und sprachen davon, daß die Kommunalparlamente schon 1971 über die Frage der Gebiets- und Verwaltungsreform abgestimmt hätten. Die Wahrheit sieht etwas anders aus. Ich darf kurz darauf eingehen.

Die Stellungnahme zum "Schlußbericht der Arbeitsgruppe für die Gebiets- und Verwaltungsreform" wurde im Mai 1972 in den Gemeinderäten behandelt. Für unseren Raum war von der Arbeitsgruppe die 4er Lösung (Bous, Elm, Hülzweiler, Schwalbach) vorgesehen.

Auch der Gemeinderat von Bous befaßte sich mit diesem Bericht und lehnte mit 14 zu 7 Stimmen die 4er Lösung ab. Mit derselben Stimmenzahl wurde eine 2er Lösung empfohlen. Einstimmig wurde beschlossen, falls die 4er Lösung käme, solle der Verwaltungssitz Bous sein. Im Mai 1973 wurden die Gemeinden zur Stellungnahme zum "Entwurf des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden" aufgefordert. Dieser Entwurf sah wieder die 4er Lösung vor. Er hatte sich im wesentlichen an das Gutachten der Sachverständigen gehalten.

Der zuständige Ausschuß in Bous empfahl im Mai 1973 wieder die 2er Lösung und beschloß, das Votum der Minderheit über die Zustimmung zur 4er Lösung dem Minister des Innern mitzuteilen.

Im Oktober 1973 wurde der Neugliederungsvorschlag zum Neugliederungsgesetz vom 4.9.1973 den Gemeinden zur Stellungnahme vorgelegt.

Dieser Vorschlag sah für unseren Raum die 5er Lösung vor. Der Gemeinderat von Bous behandelte die Angelegenheit und überreichte dem zuständigen Ausschuß des Landtages am 10. Oktober 1973 eine erneute Stellungnahme zur Gebiets- und Verwaltungsreform. Aus dieser Stellungnahme des Gemeinderates, die einstimmig verabschiedet wurde, darf ich folgendes wörtlich zitieren:

"Die Besonderheit der vorgesehenen Großgemeinde läßt es notwendig erscheinen, hier nochmals auf bestimmte Leitlinien, die für die Neugliederung als Grundlage dienen sollen, ausdrücklich hinzuweisen.

Eine Leitlinie der Gebiets- und Verwaltungsreform ist die Forderung, die bisherige unterschiedliche Leistungskraft der Gemeinden zu beseitigen und durch Schaffung leistungsstärkerer Einheit eine wirkliche Chancengleichheit der Bürger herzustellen.

Nach einer weiteren Leitlinie soll die Stärkung der Finanzkraft und der Verwaltungskraft bewirkt werden. Eine Erhöhung der disponiblen Mittel soll durch Zusammenfassung erreicht werden. Weiterhin soll die konkurrierende Aktivität unterbunden werden.

Der Gemeinderat von Bous hält für den Raum Bous bei konsequenter Anwendung der Grundsätze nur 2 Lösungen für zulässig:

1. Zweierlösung BOUS (Bous-Elm)
2. Fünferlösung BOUS "

Soweit die Entwicklung im Vorfeld der Gebiets- und Verwaltungsreform.

Der Gemeinderat von Bous erhob gegen die §§ 22 und 59 des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Landkreise des Saarlandes Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof des Saarlandes. Mit Urteil vom 28. Juni 1974 wurde die Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen.

Ich darf nun auf ein paar Punkte des Urteils vom Verfassungsgerichtshof des Saarlandes eingehen. Ich tue es auch deshalb, weil Sie, Herr Hocke, dieses Urteil erwähnt und von falschen Interpretationen gesprochen haben.

Ich darf wörtlich zitieren:

" Die Beschwerdeführerin (Gemeinde Bous) hat durch Schriftsatz ihrer Prozeßbevollmächtigten vom 28.12.1973 Verfassungsbeschwerde gegen die Neugliederungsmaßnahme eingelegt.

Die Beschwerdeführerin, die ein umfangreiches Rechtsgutachten des Professors Dr. Krause, Saarbrücken, zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der sie betreffenden Neugliederungsmaßnahme vorgelegt hat, ist der Auffassung, daß der saarländische Gesetzgeber das verfassungsrechtliche Gebot der Gemeinwohlorientierung außer acht gelassen habe".

Für dieses Rechtsgutachten hatte die jetzige Gemeinde Schwalbach über 30.000 DM bezahlt. Die Kollegen aus dem 1. Gemeinderat können sich sicher noch an die Debatten im zuständigen Ausschuß erinnern. Der Verfassungsgerichtshof hatte am 22.4.1974 auch eine Besichtigung der jetzigen Gemeinde durchgeführt. Ich darf aus dem Urteil weiter wörtlich zitieren:

" Die Verfassungsbeschwerde der Beschwerdeführerin ist unbegründet. § 22 NGG ist, soweit er die Beschwerdeführerin betrifft, mit der Landesverfassung vereinbar.

Es ist nicht festzustellen, daß die Zuordnung der aufgelösten Gemeinde Bous zu einer neuen Einheitsgemeinde Schwalbach gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Beachtung des Gemeinwohls verstößt. Dabei ist die Gemeinwohlorientierung nicht an den Interessen der Beschwerdeführerin zu messen. Vielmehr ist auf die Interessen des Gesamtgebietes, gegebenenfalls des gesamten Saarlandes, abzustellen".

Auch über die Mindestgrößen und den Verdichtungsraum sind in dem Urteil ganz klare Aussagen enthalten. Der Bürgermeister hat schon darauf hingewiesen. Im Urteil heißt es wörtlich:

" Der Einwand einer Systemwidrigkeit einer Großgemeinde von 35.000 Einwohnern im Verhältnis zu den übrigen durch die Neugliederung geschaffenen Gemeinden im Saarland ist bei näherer Überprüfung ebenfalls nicht stichhaltig. Die Festlegung von Mindestgrößen für die neu zu bildenden Gemeinden ist dabei keineswegs sachfremd. Verwaltungswissenschaftliche Untersuchungen im Zusammenhang etwa mit der Gebietsreform in anderen Bundesländern haben ergeben, daß der kleinste Gemeindetyp in der Regel mindestens 8000 Einwohner haben und 5000 Einwohner nicht unterschreiten sollte, während für Gemeinden in dicht besiedelten Gebieten und mit gesteigerter Versorgungsfunktion eine Mindestgröße von 20.000 bis 30.000 Einwohnern für erforderlich erachtet wird. Mindestens sei im Stadtumlandbereich eine Größe von 15.000 Einwohnern erforderlich, da sonst eine Gemeinde mit ihrem Leistungsangebot dem Sog der städtischen Zentren nicht entgegenwirken könne.

Die der Neugliederungskonzeption im Saarland zugrunde liegenden Mindesteinwohnerzahlen von 8000 im ländlichen Gebiet und von 15.000 im Verdichtungsraum entsprechen daher verwaltungswissenschaftlichen Erkenntnissen. Dabei liegt die Feststellung auf eine Regelmindestzahl von 15.000 Einwohnern noch an der unteren Grenze einer funktionsbezogenen Leistungsfähigkeit. Die SPD-Fraktion im saarländischen Landtag hatte in ihrem Alternativentwurf zum GVRG eine Anhebung der Regelmindestzahl auf 20.000 Einwohner für die Neuordnung vorgeschlagen.

Die Gemeinden des Raumes Schwalbach gehören sämtlich zum sog. Verdichtungsraum, wie er von der Ministerkonferenz für Raumordnung im Jahre 1968 für das gesamte Bundesgebiet nach einheitlichen Kriterien festgelegt worden ist".

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil auch auf die Beschlüsse des Gemeinderates von Bous hingewiesen und festgestellt, daß dieser bei der Anhörung vor dem Landtagsausschuß mit der Neugliederungsregelung im Grunde einverstanden war.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Schmitz, in bezug auf die Namensgebung, können so nicht im Raume stehen bleiben; Herr Heffinger hat schon kurz darauf hingewiesen.

Herr Schmitz, Sie sagten die CDU hätte die absolute Mehrheit in der Frage der Namensgebung mißbraucht. Sie sagten ferner: "Man hat nie demokratisch darüber befunden, 25 Ratsmitglieder haben die Hand gehoben und damit war es beschlossen". Diese Aussage ist so falsch, daß sie einer Klarstellung bedarf.

In der Gemeinderatssitzung vom 2.12.1975 wurde der Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung des Namens der Gemeinde Schwalbach in den Namen Bous behandelt. Dieser Antrag wurde mit 20 Ja-Stimmen, bei 24 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt. Vor der Abstimmung hatten die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP erklärt, daß die Abstimmung in ihren Fraktionen frei gegeben wurde. Sie, Herr Schmitz, haben ja damals dem Gemeinderat noch nicht angehört. Das Mitglied Paulus der SPD-Fraktion, der leider nicht mehr unter uns weilt, und ihr jetziger Fraktions-Kollege Illner, der ja hier anwesend ist, haben öffentlich erklärt, daß sie für die Beibehaltung des Namens Schwalbach stimmen. Die 4 Bouser Mitglieder der CDU-Fraktion gaben die Erklärung für den Namen Bous ab. Was Sie in dieser Angelegenheit hier erklärt haben ist schlichtweg die Unwahrheit.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß meiner Ausführungen an das erinnern, was ich bei der letzten Gemeinderatssitzung vor der Kommunalwahl im April dieses Jahres sagte. Ich habe damals erwähnt, daß durch die Diskussion über die Gebietsreform, wie sie vor allem durch die Bürgervereinigung geführt wurde, in Bous ein unerträgliches Klima geschaffen wurde.

Herr Lennerz und Herr Groß haben in ihren Reden heute abend gerade diesen Aspekt mit behandelt. Die Frage muß auch heute hier erlaubt sein: war und ist der Wille zur Mitarbeit überhaupt vorhanden?

Lassen Sie mich zum Schluß wieder daran erinnern, daß mit der Kommunalwahl die Wahl zum Europäischen Parlament stattgefunden hat. Es wird von einem vereinten Europa gesprochen und hier werden die einfachsten Formen des Zusammenlebens in unserem kleinen Raum mißachtet und zerstört.

ALTMAYER Werner (CDU)

Nur noch einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Hocke und Herrn Schmitt.

Herr Schmitt hat vorhin hier angeführt, in Bous gäbe es keine Rabauken, also wäre Polizeischutz nicht notwendig. Ich behaupte jetzt nicht, daß alle Bouser Rabauken sind, ich bitte Sie mich nicht mißzuverstehen, aber es gibt Beweise, daß in den letzten Tagen nach der Abstimmung in Elm, etliche Elmer Bürger, die sich für Schwalbach ausgesprochen haben, ganz böse angegriffen, beschimpft und beleidigt wurden.

Herr Schmitt hat der CDU Elm vorgeworfen, sie hätte Herrn Schlemmer, hier Mitglied des Gemeinderates, beleidigt. Ich darf Ihnen vielleicht die Sätze vorlesen, die er hier angesprochen hat.

"Ob die Arbeiten an diesen Baustellen mit etwas gutem Willen nicht hätten zügiger durchgeführt werden können".

Das war die Frage, das war kein Vorwurf der bewußten Verzögerung und bisher hat Herr Schlemmer dagegen nichts unternommen.

Herr Hocke hat gesagt, die CDU habe den Elmer Wählern Sand in die Augen gestreut. Der Vorwurf ist vollkommen unberechtigt. Diesen Vorwurf muß ich zurückweisen. Die SPD hat in ihrem Flugblatt behauptet, Bous wird in jedem Fall aus der Gemeinde ausgegliedert, das stimmt ja offensichtlich nicht. Außerdem hat die SPD in Elm ein Flugblatt aus dem Jahre 1971 ausgetragen, ohne überhaupt zu erwähnen, daß das Flugblatt aus dem Jahre 1971 stammt. Herr Maas, der Führer der FDP, der im Elmer Podium saß, hat ein Flugblatt herausgebracht, in dem behauptet wurde, daß in Elm 5,5 Mill. DM investiert wurden, davon wären allein 3,5 Mill. von der Bundesregierung für die Ortskernsanierung ausgegeben worden. In Wirklichkeit waren es 350.000 DM. Wer also jetzt hier wem Sand in die Augen streut, das kann sich jeder selbst überlegen.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung, die vielleicht symptomatisch ist für die SPD, denn Herr Wolfgang Kühn, als Sprecher der Ortsratsfraktion der SPD, hat die Äußerung gemacht, die Bouser doch endlich in Ruhe und Frieden ziehen zu lassen, ehe die Dinge noch mehr eskalieren. Ich glaube, das muß man sich auch mal überlegen.

SCHLEMMER Stefan (SPD)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Herr Altmeyer, Sie haben das Stichwort gegeben, ich werde mich heute für diese Angriffe im Flugblatt hier rechtfertigen. Ich mache dies natürlich nicht im Flugblatt, um die Elmer Bürger bei einer Wahl zu beeinflussen, sondern ich habe einen anderen Gang vorgeschlagen und auch praktiziert.

Wenn Sie sagen, daß der Herr Schlemmer dagegen nichts unternommen hat, dann ist das eine glatte Lüge. Der Herr Schlemmer hat in dieser Sache nach dem Flugblatt mit dem Leiter des Tiefbauamtes, mit dem Beigeordneten Schmitz, der zufällig im Hause war, beim Bürgermeister Fleck vorgesprochen und was da heraus kam, das werde ich Ihnen im Anschluß sagen. Ich wollte Ihnen nur einmal auf die Angriffe im Flugblatt antworten.

Sie hatten vorhin gesagt, Herr Schlemmer sei lediglich dort angesprochen worden, daß mit etwas gutem Willen die Arbeiten hätten schneller durchgeführt werden können. Sie haben den zweiten Satz nicht vorgetragen, den hätten Sie noch dazu sagen müssen, dann hätte das ganze ein anderes Gesicht.

ALTMAYER Werner

Ich lese den 2. Satz vor:

"Die Anlieger an der Borneichstraße hatten jedenfalls monatelang unter dem schleppenden Fortgang der Arbeiten zu leiden".

SCHLEMMER Stefan

Sehen Sie, und darin sehe ich erst diese enormen Angriffe. Nicht in dem ersten Satz, der zweite Satz was ausschlaggebend. Aber ich will Ihnen mal die Vorgeschichte der Borneichstraße erklären, Sie als Elmer müßten es eigentlich wissen.

Erstens ist hier der Herr Schlemmer angesprochen worden als SPD-Gemeinderatsmitglied, als SPD-ler, als Mitglied der Bürgervereinigung usw. und so fort. Ich kann Ihnen sagen, das ist eine Behauptung, die niemand aufrecht halten kann. Der Bauunternehmer Stefan Schlemmer ist weder Mitglied des Gemeinderates, noch Mitglied der Bürgervereinigung, noch Mitglied der SPD, das einmal zu eins. Zu zwei, in dem Flugblatt ist gesagt worden, daß die Arbeiten hätten schneller durchgeführt werden können. In der Unterredung im Dienstzimmer des Bürgermeisters hat der Leiter des Tiefbauamtes dem Bürgermeister, dem Fraktionsführer der SPD und mir gegenüber bestätigt, daß für die Arbeiten 70 Tage vorgesehen waren und die Arbeiten in 66 Tagen durchgeführt wurden, obwohl durch den Ortsrat in Elm Beschlüsse während der Baumaßnahme herbeigeführt wurden, die die Arbeiten von ursprünglich 134.000 DM auf 204.000 DM erhöhten. Die Grundstücksverhandlungen in dieser Straße wurden erst geführt, als dieses Bauunternehmen nicht mehr in der Straße weiter arbeiten konnte. Man kann keine Straße in der Mitte beginnen, man muß an einem Ende beginnen und an dieser Straße mündet diese Borneichstraße in drei andere Straßen ein und an allen 3 Enden dieser Straße waren noch während der Bauarbeiten wichtige Grundstücksverhandlungen besprochen worden. Es ist doch ganz klar, daß da nicht zügiger gearbeitet werden konnte. Ich gebe zu, man hätte noch einige Tage einsparen können, obwohl die vorgegebene Zeit nicht überschritten wurde. Das war zu der einen Sache.

Was das Naherholungsgebiet in Elm anbetrifft, Herr Altmeyer, da möchte ich mir weitere Äußerungen ersparen. Da sieht es noch ganz anders aus.

Aber jetzt noch grundsätzlich einige Dinge, die auch anführen möchte. Herr Rupp, ich weiß nicht ob Sie es waren, oder ein anderer Ihrer Kollegen, der angeführt hat, daß in Bous in den ganzen Jahren am meisten investiert wurde, oder gleichbedeutend wie in anderen Gemeindeteilen investiert wurde. Einige Dinge möchte ich hier gerne einmal anführen. 1,5 Mill. DM sind in der Großgemeinde vor 1 1/2 Jahren ausgegeben worden oder vielmehr ist eine Firma beauftragt worden, Bürgersteige in der Großgemeinde auszubauen. Es konnte uns hier in der Gemeinderatssitzung niemand, oder es wollte niemand von der Verwaltung sagen, wo überhaupt Bürgersteige ausgebaut werden. Es hieß nur, Herr Schlemmer sind Sie damit zufrieden, wenn ich Ihnen sage, wenn diese 1,5 Mill. DM verausgabt sind, dann ist in der Großgemeinde kein Bürgersteig mehr auszubauen. Es konnte oder es wollte uns niemand von der Verwaltung sagen, wo überhaupt Bürgersteige ausgebaut werden.

Von den 1.5 Mill., ich glaube nicht, daß ich da übertreibe, wurde kein Quadratmeter Bürgersteig in Bous ausgebaut.

Ich darf Ihnen mal Dinge aufzählen, die schon lange gefordert, aber noch nicht verwirklicht wurden:

- die Lehrküche in der Mühlenscheibschule,
- die Wohnung Feuerwehrgerätehaus, obwohl das alte Feuerwehrgerätehaus für 180.000 DM verkauft wurde,
- der Trimm-Dich-Pfad, obwohl im Haushaltsplan Geld zur Verfügung stand,
- die Minigolfanlage, hier stand ebenfalls Geld im Haushaltsplan zur Verfügung,
- der Freiluftraum in der Sauna, trotz vorhandener Mittel immer noch nicht gebaut,
- der Aufzug in der Südwesthalle, hier standen ebenfalls Mittel bereit,

- die Arbeiten am Brunnen am Altenheim, hier wird seit Monaten nicht mehr gearbeitet. In anderen Gemeinden wurden, was die Brunnenanlagen betrifft, Denkmäler geschaffen.
- Bürgersteigausbau in der Kirch- und Friedrich-Ebert-Straße, diese Dinge wurden in regelmäßigen Abständen an die Verwaltung herangebracht,
- Überzug von Straßen, wie Klammstraße, Kleberstraße, die Mittel hierfür stehen im Haushalt bereit. Das Befahren der Klammstraße ist zur Zeit lebensgefährlich.
- Erweiterung bzw. Neubau Jugendzentrum
- Baulanderschließung
- Notausgang Kindergarten In den Kürzen
- Stützmauer in der Klammstraße, seit Jahren ein Wunsch des Ortsrates Bous hier Abhilfe zu schaffen.

Ich glaube, daß man diese Dinge hier in aller Öffentlichkeit sagen darf, zumal, wenn man jahrelang die Verwaltung um diese Angelegenheiten bittet und trotzdem nichts getan wird.

Wenn Herr Ortsvorsteher Becker hier sagt, man solle aufgrund der Bürgerbefragung in Elm auch die Bürger in Bous befragen, so muß ich entgegen, daß 91,6 % der Bouser Bevölkerung sich gegen diese Großgemeinde ausgesprochen haben, klarer und deutlicher kann man so was nicht sagen.

Was den Mercedes und den 2 CV betrifft, möchte ich feststellen, daß sich die Großgemeinde kaum den 2 CV leisten kann, aber sich einen Mercedes anschafft. Das ist die Konsequenz, wenn man sich den Haushalt bzw. die Verschuldung ansieht.

HEFFINGER Erich

Sie spielen hier auf die Sache 2 CV und Mercedes an. Herr Schlemmer, stimmt es, daß Sie mit Ihrer Fraktion bei all diesen Anschaffungen, in Ihrem Sinne sind es ja mehrere Mercedes gewesen, immer zugestimmt haben?

SCHLEMMER Stefan

Wenn Sie mich persönlich ansprechen, dann muß ich Ihnen sagen nein.

HEFFINGER Erich

Ihre Fraktion.

SCHLEMMER Stefan

Ich spreche hier nicht für die Fraktion. Ich trage hier meine Meinung vor und nicht die Meinung der Fraktion, meine persönliche Meinung als Bouser Bürger.

SCHMITT Leo-Stefan

Herr Schlemmer, würden Sie mir bitte gestatten, daß ich die Sache mit der Turnhalle klarstelle? Dies wurde versprochen in einer Bürger-versammlung am 23.10.1970 von der CDU Elm, von dem Ratsmitglied Schudell.

SCHLEMMER Stefan

Nun gut, dann ist diese Frage beantwortet, dann brauche ich mir diese Mühe nicht mehr zu machen.

Zum Schluß, Herr Willeke, Sie hatten die Stellungnahme angesprochen. Sie hatten Sie nur auszugsweise vorgetragen. Sie hätten Sie besser ganz vorgetragen, dann hätte man von der Stellungnahme ein besseres Bild gehabt. Aber zu der einen Sache möchte ich noch zwei Worte sagen und zwar zu der Alternative, diese Großgemeinde mit Namen Bous und den Verwaltungssitz Bous. Der kam dadurch zustande, daß Herr Dr. Jost als Gemeinderatsmitglied und als einflußreicher Mann bei der Landesregierung uns gesagt hat, nachdem einige umgefallen seien, sei das das einzige was hier noch herauszuholen wäre. Sie werden mir nachher recht geben, bringen sie das noch als Alternative mit in ihren neuen Antrag und deshalb kam das in diesen neuen Antrag hinein.

SCHUDELL Josef

Herr Kollege Stefan Leo Schmitt, wenn Sie mich hier schon erwähnt haben, im Zusammenhang mit dem Versprechen der Halle in Elm, so habe ich dort gesagt, daß das natürlich ein Begehren des Sprenger Turnvereins ist, selbstverständlich. Wenn die Turnhalle überhaupt einmal erweitert werden kann, dann kann es nur die Großgemeinde; denn nur die Großgemeinde hat die Mittel dazu. Ich möchte dazu eins sagen, ich bin nicht seit heute oder gestern im Gemeinderat, sondern seit vorgestern. Ich habe 10 Jahre in Bous im Amtsrat mitgewirkt. Wir haben dort längere Diskussionen, auch der Herr Schlemmer war mal dabei, mit dem Ortsvorsteher Wagner und einigen Herren von Bous, geführt, ob man nicht gemeinschaftlich Dinge wie Sportplatz, Südwesthalle, Schwimmbad, bauen könne. Es wurde abgelehnt mit der Begründung, das seien Bouser Probleme. Das wollte ich Ihnen sagen zu dieser Sache, Herr Leo Stefan Schmitt.

SCHMITZ Willi

Ich werde versuchen, mich so auszudrücken, daß es nicht wieder ein Hagel von Diskussionsbeiträgen hierzu gibt. Als erstes, Herr Willeke, sie sagen, ich hätte die Unwahrheit gesagt, und in gleichem Atemzug sprechen Sie von einer, heute abend fairen Diskussion. Einen Satz später sprechen Sie von einer gespenstischen Diskussion; ich nehme dann die Unwahrheit in den gespenstischen Teil, dann vergesse ich das.

VORSITZENDER:

Herr Schmitz, darf ich kurz bemerken. Die Unwahrheit sagen, ist nichts ehrenrühriges, man kann sich ja mal irren. Insofern hat der Herr Willeke Ihnen ja nichts persönliches vorgeworfen, als daß Sie sich geirrt haben.

SCHMITZ Willi

Der rote Faden, der sich heute abend durch alle Vorträge seitens der CDU zieht, ist der Appell an den guten Willen. Er wird immer wieder beschworen und ich glaube, am eindruckvollsten hat das für meine Begriffe Herr Rupp getan. Der gute Wille, an ihn wird appelliert, jetzt hier in dieser Stunde, heute abend. Wir haben sehr oft an den guten Willen in der Vergangenheit appelliert. Wir haben nie etwas davon gemerkt. Es war uns sehr schwer in den vergangenen 5 Jahren nur daran zu glauben, daß irgendwo ein guter Wille zu einer gemeinsamen Arbeit in diesem Gemeinderat besteht.

Es wurde die Überlegung aus der letzten Gemeinderatssitzung wegen des politischen Zugewinns, den ich vorgetragen habe, angesprochen. Man kann dies viel deutlicher sagen.

Es wurde meine Aussage wegen des politischen Zugewinns aus der letzten Gemeinderatssitzung von Herrn Heffinger angesprochen. Ich glaube, man kann dies noch viel deutlicher sagen. Ich hatte gefragt, was wir denn für einen Zugewinn haben, wenn diese Gemeinde aufgelöst und neu formiert werde. In der Vergangenheit hatten wir 17 Ratsmitglieder, heute sind es 21. Wenn die kleinere Partei einen Konsens mit uns erreicht, haben wir die Mehrheit von 1 Stimme. Gehen die beiden Ratsmitglieder in die andere Richtung, so sind wir wieder in der Opposition. Grundsätzlich muß ich jedoch feststellen, daß seit der Kommunalwahl, die eine andere Verteilung der Ratssitze mitgebracht hat, die Zusammenarbeit im Rat selbstverständlich ganz erheblich verbessert hat. Wenn diese Gemeinde aufgelöst wird, wird doch die Arbeit wieder weitaus schwieriger, nämlich so schwierig, wie sie in der Vergangenheit war.

Nun müßten wir ja alle unser eigenes Blut lecken, wenn wir dies nur im Hinblick auf Taktiken, die unsere Partei im Landtag zu vertreten hätte, tun würden. Ich kann nur sagen, daß diese Dinge nicht in unserer Fraktion beraten wurden. Wenn dem so wäre, hätten wir doch bestimmt versucht, diese ganze Diskussion näher an den Landtagswahlkampf hinzuführen.

Zu den Bemühungen zur Integration, die hier ständig aufgezeigt wurden, möchte ich nur eins sagen, ich hoffe, daß die Zusammenarbeit hier im Gemeinderat so bleibt wie sie jetzt ist und nicht wieder dahin auszufert, wo sie war.

Zu der politischen Überlegung, daß der Innenminister in unserer Großgemeinde wohnt, Herr Rupp, möchte ich nur eins sagen, das letzte Mal, wo die SPD in diesem Gemeinderat von dem Innenminister gesprochen hat, war, wie wir den Erpressererlaß, so wie wir ihn nannten, wie Herr Seidel ihn damals nannte, wie wir den am Hals hängen hatten. Danach haben wir über den Innenminister nicht mehr gesprochen. Wir verlieren kein Wort über den Innenminister.

RUPP Bernd - Zwischenfrage-

Gestatten Sie eine Zwischenfrage.

Überschrift: Minister Wilhelm und der Bürgerwille, Bouser Bürger, es gibt einen Bürgerwillen 1. und 2. Ordnung. Am Sonntag, 16.12.79, politischer Frühschoppen, unterschrieben von Herrn Becker, ich darf feststellen, hier weiß nicht die rechte, was die linke will.

SCHMITZ Willi

Herr Rupp, es ist doch müßig, Ihnen zu erklären, wie unsere Partei sich aufbaut. Bei uns kann ein Ortsratsmitglied aus Schwalbach sehr wohl eine andere Meinung haben zu diesem Geschehen heute abend wie sie die Fraktion hat. Da sehen wir keinen Widerspruch drin.

Eins möchte ich noch Herrn Heffinger sagen, als er sagte, Herr Schmitz hat resigniert. Sie führen die Fraktion - Sie hatten über lange Zeit die Unterstützung von 4 Beigeordneten und einen für meine Begriffe sehr starken Ortsvorsteher in Ihrer Fraktion. Sie hatten immer, wenn Not am Mann war, den Bürgermeister in Ihrer Fraktion, der sich nicht geniert hat, in der Gemeinderatssitzung hier Fraktionssitzungen abzuhalten, wie wir uns alle überzeugen konnten. Warum sollte ich wohl heute mit 21 Ratsmitgliedern in unserer Fraktion resignieren. Dies soll mir einer beantworten. Ich hätte Gelegenheit genug gehabt, als wir 18 waren und zu 17 wurden. Wir haben es überstanden und ich habe es auch überstanden.

Noch einmal zu Herrn Wilhelm, Herr Rupp. Viele die hier im Saal sind, haben den seitenlangen Bericht über das Heringessen gelesen. Herr Wilhelm und auch der Bürgermeister, der ja verpflichtet wäre, die Gemeindeteile zur Integration zu führen und auch die Ratsmitglieder zueinander zu führen, dazu ist er ja wohl verpflichtet, beide haben beim Heringessen ausgesagt, daß also die SPD keinerlei vernünftige Vorschläge macht, keinerlei vernünftige Anregungen, daß sie sich ergeht in Obstruktion und im Gemeinderat fortschritthemmend wirkt. Daß sie den Fortschritt in dieser Gemeinde hemmt und dementsprechend wirkt. Das war unser Bürgermeister. Ich kann nur Einzelteile wiedergeben, die natürlich unvergeßlich bei jedem haften geblieben sind.

VORSITZENDER

Herr Schmitz, ich habe den Wortlaut meiner Ausführungen vom Aschermittwoch zur Verfügung. Das was Sie sagen, trifft nicht zu.

SCHMITZ Willi

Ich habe sie auch hier, Herr Bürgermeister.

VORSITZENDER

Sie haben sie nicht.

SCHMITZ Willi

Ich habe sie, selbstverständlich, ich habe sie aus der Zeitung ausgeschnitten.

VORSITZENDER

Das, was in der Presse wiedergegeben wird, sind nicht die Ausführungen, die ich hier gemacht habe.

SCHMITZ Willi

Vielen Dank, Herr Bürgermeister.

VORSITZENDER

Herr Schmitz, ich finde das beschämend, das habe ich Ihnen und verschiedenen anderen auch schon einmal erklärt und zwar sehr eingehend.

SCHMITZ Willi

Vielen Dank, Herr Bürgermeister, daß Sie nicht dafür stehen, was von Ihrer Rede in der Presse steht. Ich nehme an, daß uns das auch schon mal zusteht. Damals haben Sie das bei Herrn Seidel sehr stark in Abrede gestellt. Zu der Obstruktion und zur Entwicklungsbremse; hierzu ist doch folgendes zu sagen: Herr Rupp hat es vorher gesagt, und es ist auch schon angeklungen, wir hätten doch fast immer zugestimmt. Da habe ich beim letzten Mal schon mal gesagt, na wie sieht das wohl aus, wenn man in der Opposition ist und hat sowieso keinen Einfluß, ob man ja bei ja und nein bei nein läßt, bei diesen Dingen, wenn es um Zuwendungen an Vereine geht, wenn es um Dinge geht, die der Allgemeinheit zugute kommen, selbst wenn sie nicht in den Finanzrahmen hinein passen, wer würde da wohl in der Opposition dagegen stimmen, der müßte ja politisch irrsinnig sein und niemand, auch seiner eigenen Partei, würde ihm dies verzeihen. Dies sind Dinge, die für alle Parteien und bei allen Parteien gelten.

Wir haben uns bemüht, in der Vergangenheit immer wieder nach bestem Wissen hier gute Arbeit zu machen im Gemeinderat. Wir bemühen uns dies zur Zeit auch und wir werden uns auch in der Zukunft bemühen, und aus diesem Bemühen getragen ist auch dieser Antrag heute abend, den wir gestellt haben. Wir gehen einfach davon aus, daß, wenn das Problem Bous hier geklärt wird, daß wir dann weiterhin zu einer vernünftigen und ruhigen, sachlichen Gemeindegemeinschaft kommen und wir, zu dem Antrag, den ich vorher gestellt habe, schließen uns dem Antrag der FDP an. Wir wünschen auch, daß eine namentliche Abstimmung hier heute abend vorgenommen wird.

VORSITZENDER

Nach der Wortmeldung von Herrn Heffinger wird die Sitzung für eine Minute unterbrochen. Ich möchte mit allen Ortsvorstehern ein kurzes Gespräch führen.

HEFFINGER Erich

Meine Damen und Herren, ich will die Abstimmung nicht länger hinauszögern. Nur 2 Sätze zu dem, was Herr Schmitz gesagt hat. Sie haben mir eben unterstellt, ich hätte Sie vorher nicht korrekt oder besser gesagt, nicht ausführlich genug zitiert. Das stimmt also nicht. Ich habe genau das wiederholt, was sie in der Sitzung vom 26.11.1979 gesagt haben.

Und jetzt noch zu dem Punkt "resignieren". Das war bezogen, und dabei bleibe ich, auf die Situation in Bous. Ich habe gesagt, sie haben in diesem speziellen Fall resigniert. Das können Sie doch wohl nicht leugnen. Nach Ihren Ausführungen ist das nicht anders zu sehen.

Wir stellen den Antrag auf geheime Abstimmung. Das ist üblich, meine Damen und Herren. Wenn nämlich schon einmal in jüngster Vergangenheit sogar zu einer Verfahrensfrage, nicht von uns, das war ein anderes Ratsmitglied, geheime Abstimmung verlangt wurde, dann ist es selbstverständlich, daß es in dieser Situation, in dieser wichtigen Frage, das auch gelten müßte.

VORSITZENDER

Darf ich die Herren Ortsvorsteher ganz kurz nach vorne bitten.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG

Wiederaufnahme der Sitzung

VORSITZENDER

Ich kann also dem Rat hier mitteilen, daß ich den Ortsvorstehern meine Rechtsauffassung mitgeteilt habe, daß der Antrag der SPD-Fraktion, der heute abend gestellt worden ist, nicht in den Ortsräten beraten ist.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag wegen des Verfahrens.

Der Antrag auf geheime Abstimmung geht vor. Hierzu ist nach § 45, Abs. 4, die Zustimmung von 1/3 der Mitglieder des Gemeinderates notwendig.

Die Abstimmung durch Handzeichen bringt eine ausreichende qualifizierte Mehrheit.

Damit wird also geheim abgestimmt.

SCHMITT Leo Stefan

Herr Bürgermeister, Sie deuten hier etwas an, was mir persönlich, in Kenntnis des KSVG, nicht ganz deutlich wird. Ich bitte Sie also, uns ganz nüchtern und sachlich zu erklären, was die Aussage von Ihnen zu bedeuten hat, daß der Antrag der SPD, wie er heute gestellt wird, in den Ortsräten noch nicht diskutiert worden sei. Wenn Sie also versuchen zu spekulieren, dann würde ich das also als einen ganz üblen Trick ansehen.

VORSITZENDER

Herr Schmitt, ich habe den Ortsvorstehern noch einmal klar und deutlich gesagt, daß dieser formell gestellte Antrag inhaltlich von dem anderen Antrag, der in den Ortsräten beraten wurde, abweicht. Sonst habe ich nichts getan. Ich möchte jetzt zur Abstimmung kommen.

BURGER

Herr Bürgermeister, wir sind hier in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung und ich glaube, Sie sind es der hier anwesenden Bevölkerung und den Ratsmitgliedern schuldig in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeister, was das evtl. aus Ihrer Sicht zu bedeuten haben könnte.

VORSITZENDER

Herr Burger, das vermag ich im Augenblick nicht zu übersehen. Es ist zunächst eine rein formelle Abweichung.

BURGER

Das nehme ich Ihnen nicht ab, daß Sie das nicht übersehen, dann hätten Sie vorher diese Zwischenunterredung mit den Ortsvorstehern auch sein lassen können, wenn Sie sich nicht über die Tragweite bewußt sind.

VORSITZENDER

Nein, ich hätte unter Umständen einen schwerwiegenden Fehler begangen, wenn ich es nicht gemacht hätte.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag der SPD stimmen will, der markiert hier das ja auf diesem Stimmzettel, wer dagegen stimmen will, nein. Bei Enthaltung bedarf es keiner Kennzeichnung. Können wir uns zu diesem Verfahren verständigen?

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

BURGER

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Sie haben alle vorher gehört, was hier im Raume steht. Es deutet sich an, wenn der Bürgermeister das auch nicht traut, hier auszusprechen, daß er eine Möglichkeit sieht, diesen Beschluß, wenn er hier gefaßt ist, anzufechten. Das steht hier im Hintergrund und er spricht es hier nicht aus, obwohl er aufgefordert ist.

Die SPD-Fraktion zieht aus dieser theoretischen Möglichkeit den Schluß, daß wir heute abend unseren gerade eben gestellten Antrag zurückziehen und den Antrag, wie er auf der Tagesordnung in der Einladung steht, heute abend hier zur Abstimmung stellen. Damit können diese verfahrenstechnischen Tricks, Herr Bürgermeister, nicht in Erwägung gezogen werden können.

VORSITZENDER

Herr Burger, ich erteile Ihnen jetzt einen Ordnungsruf. Es geht hier nicht um verfahrenstechnische Tricks, es geht um ein sehr wichtiges Problem, nämlich, daß dieser Antrag formell abweicht, daß er inhaltlich ausreichend abweicht. Daß solche Konsequenzen, die Sie andeuten, gezogen werden müssen, das kann ich heute abend nicht ohne Prüfung bestätigen oder dementieren. Das kann auch niemand von mir verlangen. Das ist völlig klar. Ich verbitte mir derartige Ausführungen, Herr Burger.

RUPP Bernd

Ich möchte nur eine Frage an den Kollegen Burger stellen. Ich bitte ihn, diese Frage auch vor dem Mikrophon zu beantworten. Meine Frage lautet: Stimmt es, daß der Antrag der SPD-Fraktion, der heute von Ihnen eingebracht wurde, von dem Antrag, den Sie bei der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht haben, inhaltlich oder formell abweicht? Ich bitte, die Frage klar und deutlich mit ja oder nein zu beantworten.

BURGER

Herr Fleck, darf ich darauf antworten?

VORSITZENDER

Ich bitte Sie, Herr Burger.

BURGER

Herr Rupp, es ist richtig, daß dieser Antrag in einer Nuance sich unterscheidet, nicht aber in dem Teil, der die Abtrennung des Ortsteiles Bous betrifft, da ist kein sachlicher und kein inhaltlicher Unterschied festzustellen. Es geht lediglich um eine Nuance in der Aussage zu den restlichen Ortsteilen, die in der Gemeinde verbleiben sollen. Da ist in dem neuen Antrag, der heute abend vorlag, eine etwas detaillierte Aussage gemacht, zu dem was hier heute abend in der Einladung von uns als Antrag vorgetragen wurde. Da aber wir die Gefahr sehen, daß hier etwas geschehen soll, was

nicht im Sinne der Antragsteller ist, und wohl auch nicht im Sinne der Bouser Bürger, gehen wir auf unseren ursprünglichen Antrag zurück. Das ganz klar dazu. Wir wollen nicht, daß mit diesem Trick noch einmal versucht wird, die Entscheidung in der Sache zu verzögern.

RUPP Bernd

Herr Burger, ich betrachte es schlichtweg als Demagogie, daß Sie hier den Eindruck in der Öffentlichkeit versucht haben zu erwecken, als ob hier ohne jeden Grund zwei verschiedene Anträge gestellt wurden; Sie haben es jetzt selbst zugegeben. Wir nehmen zur Kenntnis, daß Sie Ihren ursprünglichen Antrag hier stellen wollen und über den selbstverständlich abgestimmt wird. Aber ich bitte Sie, diesen Vorwurf den Sie vorher gegenüber dem Herrn Bürgermeister hier aufgestellt haben, völlig zurückzunehmen, denn er ist nicht berechtigt. Ihr Antrag stimmt weder inhaltlich noch formal, noch im Wortlaut mit dem ursprünglichen Antrag überein. Das nehmen Sie doch zur Kenntnis und insofern war der Einwand des Bürgermeisters vollauf berechtigt. Wir wollen uns nicht streiten, wir stimmen über Ihren jetzt vorgelegten Antrag natürlich ab.

VORSITZENDER

Meine Damen und Herren,
ich habe mit den Ortsvorstehern die Frage besprochen, ob ihre Beratungen den neuen Antrag abdecken. Darum ging es.

SCHMITT Leo Stefan

Was war das Ergebnis, wenn man darum bitten darf?

VORSITZENDER

Das war unterschiedlich.

SCHMITT Leo Stefan

Sie müssen doch zugeben, daß Sie uns das vorher hätten sagen müssen.

HOCKE Michael Marius

Damit halten wir aber unseren Antrag auf offene und namentliche Abstimmung aufrecht.

SPIES Edgar -Ortsvorsteher im Gde.-Bez. Ensdorf-

Ich verweise hier auf das Raumordnungsgesetz, das der Bundestag und der Bundesrat 1965 verabschiedet haben. Dort heißt es in § 5 (3), daß Gemeinden, Gemeindeverbände oder deren Zusammenschlüsse in einem Verfahren zu beteiligen sind, wenn auch der Bürgermeister gegen diesen Beschluß keinen Widerspruch einlegen würde, ich als Ortsvorsteher für Ensdorf würde das tun.

SCHMITT Leo Stefan

Das ist doch ein Wort, das wollten wir doch wissen, Herr Bürgermeister, und Sie haben sich davor gedrückt.

VORSITZENDER

Nein, ich bin mir nicht im klaren, ob das einen Erfolg hätte und deswegen wollte ich mich nicht festlegen.

SCHMITT Leo Stefan

Sie haben das vielleicht aber erhofft.

VORSITZENDER

Betreiben Sie doch bei sich selbst Gewissenserforschung, Herr Schmitt, und nicht immer bei mir.

HEFFINGER Erich

Herr Schmitt, mich haben die Ausdrücke, die Sie gebraucht haben, etwas gestört. Ich will es sagen, weil es einfach dem Niveau, das heute abend gezeigt wurde, wirklich nicht entsprochen hat. Jetzt aber noch etwas, zu dem Antrag auf namentliche Abstimmung, den Herr Hocke gestellt hat. Ich schließe mich der Meinung des Herrn Burger an, daß es hier ja anscheinend um Nuancen geht und da sehen wir keinen Grund, unseren Antrag auf geheime Abstimmung nicht aufrecht zu halten.

SCHMITT Leo Stefan

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um was es hier in der Tat geht, ich will es noch einmal ganz deutlich machen. Und da kann man mir auch jetzt vorwerfen, ich hätte mich in der Auswahl der Worte etwas falsch ausgedrückt. Es geht ganz einfach darum, hier spreche ich insbesondere die Zuhörer hier in diesem Raume an, daß sich der Bürgermeister mit den Ortsvorstehern über einen Punkt unterhält, der die Möglichkeit inne hat, daß dieser Beschluß angefochten wird und den Gemeinderat hat man nicht unterrichtet.

Dies finde ich einen schlechten politischen Stil und das haben wir gerügt. Und das, Herr Bürgermeister, werden Sie doch unserer Fraktion zubilligen müssen, daß Sie Dinge, die Sie hier dem Gemeinderat nicht unterbreiten, nach denen man erst 4 bis 5 mal nachfragen muß, und Sie dann sagen, so und so ist es gewesen, und Herr Spies die tatsächliche Erklärung gibt, daß man so etwas rügen darf.

VORSITZENDER

Herr Schmitt, das was Herr Spies Ihnen erklärt hat, hat er mir gegenüber nicht erklärt, das kann er bestätigen. Und ich sage Ihnen noch einmal, wenn hier etwas getrickst hätte werden sollen, dann hätte ich heute abend nichts gesagt. Deshalb ist es eine Unverschämtheit, die Sache jetzt so darzustellen. Eine Unverschämtheit, wenn ich mich bemühe, die Sache zu klären, ob man es noch beschließen kann oder nicht. Wenn ich Sie hätte reinlegen wollen, dann hätte ich schön ruhig bis morgen früh gewartet.

THEOBALD Alfons

Herr Schlemmer, zu dem Vorwurf, - durch Zwischenruf - habe ich in der letzten Gemeinderatssitzung öffentlich eine Erklärung abgegeben. Der ist nicht widersprochen worden. Ich finde es nicht ganz fair, daß Sie jetzt unterschwellig, erneut Emotionen anheizen.

VORSITZENDER

Zum Abstimmungsmodus:

wer für geheime Abstimmung votiert, bitte ein Handzeichen.
Das ist die ausreichende Mehrheit.

Wir kommen dann zur geheimen Abstimmung.

Zum Verfahren möchte ich noch einmal erläutern:

Die Stimmzettel können wie folgt gekennzeichnet werden.

Für den Antrag: Ja

Dagegen: Nein

Enthaltung: Bedarf es keiner Kennzeichnung

Als Wahlhelfer werden vorgeschlagen:

Gemeinderatsmitglied Altmeier Werner

Gemeinderatsmitglied Hocke Michael Marius

Gemeinderatsmitglied Kettel Helmut

Hiergegen erheben sich keine Bedenken.

Vorsitzender

Die Auszählung der geheimen Abstimmung bringt folgendes Ergebnis:

24 Ja-Stimmen

21 Gegenstimmen

Damit ist nachstehender Antrag der SPD-Fraktion angenommen:

" Die SPD-Fraktion beantragt die Neugliederung der Gemeinde Schwalbach mit dem Ziel der Neuschaffung einer eigenständigen Gemeinde Bous.

Die Verwaltung wird beauftragt, den hierzu notwendigen Antrag bei der Landesregierung gem. KSVG § 15 Abs. 4 zu stellen."

VORSITZENDER

Werden noch weitere Erklärungen abgegeben zu diesem Tagesordnungspunkt?

Das ist nicht der Fall.

TOP 2: Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren und das Gebührenverzeichnis hierzu

Die Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren und das Gebührenverzeichnis hierzu, werden in der vorliegenden Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3: Aufnahme von Darlehen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Nr. 486 "Ausbau von Gehwegen"

Zur Teilfinanzierung des Ausbaues von Gehwegen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Nr. 486 werden Darlehen bis zu

- a) 400.000 DM aus Mitteln der Bundesanstalt
- b) 45.000 DM aus Bundesmitteln
- c) 45.000 DM aus Landesmitteln

aufgenommen.

Die Darlehen sind jährlich mit 2 v.H. zu verzinsen und mit 4 v.H. unter Zuwachs der ersparten Zinsen zu tilgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4: Erhöhung der Versicherungssumme der Eigenschadenversicherung der Gemeinde Schwalbach

Die Versicherungssumme der bestehenden Eigenschadenversicherung der Gemeinde Schwalbach beim Versicherungsverband in Köln ist auf 250.000 DM ab 1.1.1980 zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 5: Mitteilungen und Anfragen

1. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Schmitz, fragt an, ob der Verfasser des in der letzten Sitzung des Finanzausschusses angesprochenen Artikels in der Saarbrücker Zeitung schon bekannt sei.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Überprüfung noch nicht abgeschlossen sei.

Der Vorsitzende erklärt, daß nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden die Sitzung wegen der fortgeschrittenen Tageszeit unterbrochen und zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werde.

Wegen der Dringlichkeit bittet er jedoch, den TOP 5, n.ö.T., Saarausbau Abs. 1. zu behandeln und zu beschließen.

Bei 3 Gegenstimmen (CDU), wird dem Vorschlag des Vorsitzenden zugestimmt.

B) Nichtöffentliche Sitzung

TOP 5: Saarausbau

Der Vorsitzende bittet, wegen der Dringlichkeit Nr. 1 des Tagesordnungspunktes zu beschließen.

Das Mitglied, Frau Loris, beantragt für die CDU-Fraktion, den Beschlußvorschlag wie folgt zu ergänzen:

- " 4. Die Gemeinde Schwalbach hält den Durchstich der Saar für die bessere Lösung des Saarausbaues.
Im Verhältnis zur kleinen Schleifenlösung werden Millionen DM an Kosten eingespart, die für andere gute Zwecke verwendet werden könnten.
Die vorgesehene B 51 könnte wesentlich verkehrsgünstiger und im Hinblick auf die Bewohner des Lauternweges umweltfreundlicher gelegt werden.
Die zuständigen Stellen werden gebeten, den Durchstich statt der kleinen Schleifenlösung zu verwirklichen."

Das Mitglied Hocke (FDP) beantragt, den Ergänzungsvorschlag der CDU-Fraktion zurückzustellen, da er in der Fraktion noch nicht beraten worden sei.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr L. St. Schmitt, daß man heute Nr. 1. - 3. des Tagesordnungspunktes 5 beschließen solle.

Anstelle des Ergänzungsantrages der CDU-Fraktion, solle man einen Planungsauftrag an die Verwaltung für den Hochwasserschutzdamm beschließen.

Nach kurzer Diskussion wird folgender Beschluß gefaßt:

1. Beim OVG Koblenz wird gegen den Beschluß des Flurbereinigungsverfahrens vorsorglich Klage erhoben, deren Begründung nachgereicht wird.
2. Als Vertreter für den Vorstand im Flurbereinigungsverfahren wird Herr Ortsvorsteher Spies von Seiten der Gemeinde benannt.
3. Ensdorf soll hochwasserfrei gemacht werden, die Planung des Hochwasserschutzdammes und die Feintrassierung der B 51 ist voranzutreiben.
4. Die Verwaltung wird mit der Planung für den Hochwasserschutzdamm beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Vorsitzende schließt danach die Sitzung.

DER VORSITZENDE: Die beauftragten Mitglieder:

Der Schriftführer:

Fleck 25.11.80.
(Fleck)
Bürgermeister

Hoffinger

Hummel
(Hummel)
Gemeinde-Amtmann

W. Ober 24/2/80